

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: Prämienkonto:
Wochenblatt 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingeklagen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Schleht täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgezeigte Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gemeinschaftliche Bezei-
chnungs- und Veranlassungs-Angaben 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(mit das erste Wort frei). Insetate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgeben
werden. Die Expedition ist an Sonntags-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Die Kartell-Enquete.

Als im letzten Herbst die Regierung, um dem Drängen nach gesetzlichen Maßnahmen gegen die sogenannten Auswüchse des Kartellwesens vorläufig zu entgegen, ihren Entschluß ankündigte, eine Kommission zu berufen, die im freien Meinungsaustausch, ohne den Zeugniszwang der englischen Parlamentsenquêtes, die Schäden des Kartellwesens untersuchen sollte, wurde sofort von den verschiedensten Seiten die Befürchtung ausgesprochen, daß schließlich das Ergebnis der Verhandlungen nichts anderes sein werde als lange Auseinandersetzungen über größtenteils nebensächliche, aus der Kartell-Litteratur, Jahresabrechnungen, Statuten zc. genügend bekannte Verhältnisse, während die Kartellvorstände mit Entschlossenheit über alle jene internen Angelegenheiten ihrer Verbände, die ein schlechtes Licht auf ihre Geschäftspraxis werfen könnten, vorsichtig zurückhalten würden.

Der vom „Reichs-Anzeiger“ vor einigen Tagen veröffentlichte stenographische Bericht über die am 26. und 27. Februar stattgefundenen Verhandlungen bestätigten diese Befürchtung. Gleich zu Beginn der Diskussion erklärte der Generaldirektor Rirdorf von der Selsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft, der zugleich als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats fungiert, daß die Syndikatsmitglieder sich zur Mitteilung von Geschäftsgeheimnissen, d. h. der im inneren Betriebe befolgten Geschäftspraktiken, nicht für verpflichtet hielten, und wenn diese Fälle Reserve auch später im Frage- und Antwortspiel an einzelnen Stellen durchbrochen wurde, hat doch bisher die Enquete über die eigentliche Geschäftsführung des Syndikats kaum irgend welche neuen Aufschlüsse gebracht. Die Mitteilungen beschränken sich meist auf Thatsachen, die auch bisher schon denen, die sich mit dem Kartellproblem beschäftigt haben, aus der Presse, den Jahresberichten und Abrechnungen des Kohlen-Syndikats und der ihm angeschlossenen großen Bergwerks-Gesellschaften bekannt waren, ja es ist zweifellos, daß manche Geschäftsberichte dieser einzelnen Gesellschaften ein weit besseres Material zur Beurteilung verschiedener Fragen liefern, z. B. zur Frage der Steigerung der Produktionskosten, des Einflusses der Preispolitik des Syndikats auf die Rentabilität der Syndikatszweige, des Verhältnisses der Lohn- zur Preisbewegung, als die Erklärungen der Syndikatsleiter in der Kommission. Der Nutzen der Enquete besteht vorerst ausschließlich darin, ein Material, das bislang weit verstreut war und aus allerlei Schriften, Jahres- und Sitzungsberichten zusammengesucht werden mußte, auf einen Haufen vereinigt zu haben. Allerdings giebt das veröffentlichte stenographische Protokoll nicht sämtliche Verhandlungen wieder. Auslagen sogenannter vertraulicher Natur sind ausgeschlossen, und obgleich die stenographisch aufgenommenen Reden den betreffenden Rednern zur Korrektur überandt und teilweise überarbeitet worden sind, zeigen doch einzelne Wendungen daß hin und wieder nähere Auskünfte gegeben worden sein müssen; aber daß diese, wenn sie mit ausgenommen wären, den Charakter des Protokolls wesentlich verändert hätten, erscheint nach der ganzen Form und Tendenz der Verhandlungen wenig glaubhaft.

Dennoch würde es verkehrt sein, die Schuld an der bisherigen geringen Ausbeute der Untersuchung mit in dem Widerstand der Kartelleitung suchen zu wollen. Es giebt eine ganze Reihe wichtiger Punkte, die durch bloße Befragung des Kartellvorstandes sich überhaupt nicht erledigen lassen, — schon deshalb nicht, weil die an der Verwaltung beteiligten Herren darüber selbst nicht ausreichend informiert sind und auch insolge der Art ihrer Obliegenheiten kaum unterrichtet sein können. Es waren keineswegs bloße Ausreden, wenn die Herren Rirdorf, Grafmann, Urdell usw. mehrfach erklärten, sie könnten selbst auf die betreffende Frage keine Antwort geben; gewisse Vermutungen hätten sie zwar, nicht aber eine zu einer bestimmten Antwort ausreichende Gewißheit. Das Kohlen-Syndikat ist nur eine Art Verkaufsvereinigung, die nach vereinbarten Bestimmungen für die Zechen den Verkauf der von diesen geförderten Kohlen besorgt. Es verteilt gemäß der Beteiligungsziffern die einlaufenden Aufträge unter den Zechen, schreibt diesen die betreffenden Beträge nebst den aus sogenannten „Ueberepreisen“ erzielten Extraprofiten gut und liefert sie an die Zechen ab. Und auf diesen inneren Geschäftsverkehr erstrecken sich natürlich auch nur seine Buchungen. Allerlei statistische Zusammenstellungen und Berechnungen machen zu lassen, die für die ökonomische Wissenschaft vielleicht recht interessant, für den Geschäftsgang dagegen überflüssig sind, betrachtet kein Kartellvorstand als zu seinen Aufgaben gehörend. Deshalb vermögen aber auch die Kartelleiter nur äußerst selten Fragen zu beantworten, die außerhalb dieses geschäftlichen Innenverkehrs liegende Verhältnisse betreffen. Die Frage z. B., die verschiedentlich bei den Verhandlungen gestreift wurde und die zweifellos von größter Bedeutung für die Beurteilung des Kartellproblems ist: die Frage, in welchem Maß während des letzten Jahrzehntes die durchschnittlichen Produktionskosten gestiegen sind und in welchem Verhältnis diese Steigerung zu jener der Kartell-Verkaufspreise und der Profitrate steht, kann von der Kartelleitung des Kohlen-Syndikats aus eigenem Wissen überhaupt nicht beantwortet werden, da sie der innere Betrieb der kartellierten Zechen durchaus nicht angeht. Diese Frage können nur die Zechenbestyrer unter Vorlegung ihrer Bücher beantworten. Umso mehr ist allerdings zu bebauern, daß eine Form der Untersuchung gewählt worden ist, die solche Feststellungen von vornherein ausschließt.

Ein anderes Moment, das wesentlich zu dem recht geringen Erfolg, um nicht zu sagen: Mißerfolg der bisherigen Untersuchung beigetragen hat, liegt an der Zusammenfügung der Kommission. Je näher man die gehaltenen Neben nachprüft, desto mehr gewinnt man den Eindruck, daß die nicht an den Kartellen interessierten Mit-

glieder der Kommission ihrer Aufgabe meist nicht gewachsen waren, daß sie gegenüber den mit größter Sicherheit und Selbstbewußtsein auftretenden Kartell-Leitern und Interessenten eine unbescheidliche Rolle spielten. An geschäftlicher Sachkenntnis werden immer die in der Kartellverwaltung stehenden Herren die außerhalb stehenden überragen; sie stecken mitten in der Sache drin und kennen alle einzelnen Vorgänge und Beziehungen aus eigener Anschauung. Dagegen ist es eine Thatsache, daß derartige Praktiker — wofür auch in diesem Falle wieder die Reden der Kartell-Leiter und vor allem der Groß-Kohlenhändler die schlagendsten Beweise liefern — meist über die besonderen Interessen ihres Specialgebietes den Zusammenhang ihres Geschäftszweiges mit dem Gesamt-Wirtschaftsbetriebe völlig übersehen und die rein geschäftlichen Gesichtspunkte die vollwirtschaftlichen total überwiegen lassen. Daraus ergibt sich für die nicht an der Politik der Kartelle interessierten Mitglieder der Kommission selbstverständlich die Aufgabe, dem Geschäftstandpunkt gegenüber immer wieder die allgemein volkswirtschaftlichen Bedenken und Forderungen zur Geltung zu bringen, den geschäftlichen Interessen einzelner Industriezweige die nationalen Gesamtinteressen entgegenzustellen.

Zu dieser Hinsicht ist aber fast nichts geschehen; je mehr die Verhandlungen fortgeschritten, desto mehr haben sie den Charakter einer geschäftlichen Erörterung angenommen, die nicht den Zweck verfolgt, die Stellung der Kartelle und des Kohlenhandels im besonderen innerhalb unseres heutigen Wirtschaftslebens zu untersuchen, sondern geschäftliche Beziehungen und Angelegenheiten zu diskutieren. Die geschäftliche Auffassung überwiegt derart, daß am zweiten Beratungstage die Groß-Kohlenhändler und Eisenhändler sich geradezu dazu drängten, dem Kohlen-Syndikat Komplimente zu machen — und warum? Nicht etwa, weil die Maßnahmen des Syndikats einen fördernden Einfluß auf andre Produktionszweige gehabt haben — dieser Gesichtspunkt lag in den meisten Aeußerungen überhaupt nicht zur Geltung — sondern weil ihnen die Organisation des Kohlenabfahres durch das Syndikat, speziell die Errichtung der monopolistischen Verkaufs-Gesellschaften, vielfach Vorteile gebracht und der geschäftliche Verkehr sich bequemer gestaltet hatte. Die Thatsache, daß sie selbst einen wirtschaftlichen Nutzen vom Syndikat gehabt haben, bewies nach ihrer Auffassung ohne weiteres die volkswirtschaftliche Nützlichkeit des Syndikats. Und doch würden zweifellos dieselben Herren recht erstaunt sein, wenn beispielsweise ein ostpreussischer Grundbesitzer erklärte: Die Getreidezölle nützen mir, folglich sind sie auch für die Allgemeinheit von Nutzen.

Der Reichstags-Abgeordnete Gothein versuchte zwar einige Male nationalökonomische Auffassungen zur Geltung zu bringen; im ganzen zeigte aber auch er sich durchweg in den üblichen geschäftlichen Anschauungen befangen. Und was Professor Schmoller anbetrifft, so spielte er eine gar seltsam beschreibens Rolle. Von ihm, dem Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft, hätte man erwarten sollen, daß er die höheren nationalwirtschaftlichen Interessen voranstellen werde. Statt dessen hielt er bei der Frage der Organisation des Syndikats eine lange Rede darüber, ob es nicht besser wäre, wenn die Keinen Jeden weniger Einfluß auf die Festsetzungen hätten, die Leitung also mehr „aristokratisch“ sei. Nun kann man Herrn Geheimrat Schmoller gern zugeben, daß nicht, wie im Publikum meist angenommen, es die großen, technisch wohl ausgerüsteten, sondern die kleinen minder leistungsfähigen Zechen sind, die auf Preisverhöhungen dringen; aber sicherlich handelt es sich dabei um eine Frage der inneren Organisation, die in volkswirtschaftlicher Hinsicht erst in dritter, vierter Reihe kommt. Die in der Kommission stehenden Verwaltungsmittelglieder des Syndikats nehmen die Beschränkung des Herrn Professors auf solche Nebensächlichkeiten denn auch mit Ironie auf. Erst entgegenete mit spöttischem Behagen von oben herab der Generaldirektor der Selsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft, und dann erklärte in derberem Ton Dr. Deumer vom „Centralverband deutscher Industrieller“:

„Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Professors Schmoller sind ja sehr interessant; aber ich glaube doch, daß wir gut thun werden, bei der weiteren Arbeit in dieser Kartell-Kommission uns nicht darauf einzulassen, den Syndikaten gute Ratschläge zu geben. Ich glaube nämlich, daß die Syndikate dieselben doch nicht befolgen werden. Solche theoretischen Erörterungen sind ja recht schön. Ich kann mir z. B. denken, daß es auch im Reichstage manchmal besser ansehe wäre, wenn wir dort nicht die absolut demokratische Verfassung hätten, sondern die Zustände dort herbeigeführt würden, die der Herr Professor Schmoller dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat glaubt anraten zu sollen. (Heiterkeit.) Wir haben hier Thatsachen festzustellen und keine Wünsche auszusprechen. Die Antwort, die von Seiten der Vertreter des Syndikats erfolgt ist, die Mitteilungen, die der Herr Referent über die Organisation gegeben hat, haben uns gezeigt, wie es im Kohlen-Syndikat zugeht, und wir haben hier keine Veranlassung, unsre Zeit damit hinzubringen, dem Kohlen-Syndikat oder andren Kartellen Ratschläge darüber zu geben, was die ideale Verfassung wäre.“

Thatsächlich sind denn auch in den Verhandlungen eine Reihe Fragen, die in der Kartell-Litteratur die größte Rolle spielen und ohne deren Klärung ein richtiges Verständnis des heutigen Kartellwesens kaum möglich ist, gar nicht berührt worden, z. B. die Frage, ob und inwieweit durch die Kartellproduktion die Produktions- und Vertriebskosten verbilligt werden, ob die sogenannte Produktionsregelung dem Ausdruck einer Kräfte entgegenzuwirken vermag usw. Und soweit derartige Punkte in der Debatte Veräußerung fanden, wie beispielsweise die Frage, ob eine Ausschaltung des Zwischenhandels stattgefunden habe und wie sich die Auslands- zu den Inlandspreisen verhalten, wurden sie durchaus oberflächlich behandelt. So wurde zwar festgehalten, daß keineswegs der Großkohlenhandel ausgeschaltet worden ist, daß im Gegenteil durch die Bildung großer Verkaufs-

Syndikats berechtigt sind, eine Art Monopolisierung des Großhandels stattgefunden hat. Aber mit dieser Feststellung und allerlei daran geknüpften schönen Wünschen war die Sache abgethan; eine weitere Untersuchung, wie diese „Abfahrregelung“ auf den kleineren Zwischenhandel und dessen Verkaufspreise zurückgewirkt hat, wurde nicht vorgenommen.

Ebenso oberflächlich war die Erörterung des Verhältnisses zwischen den In- und Auslandspreisen. Die Kartelleitung verstand sich nur zur Mitteilung, daß sich diese Preise in den drei letzten Jahren folgendermaßen gestellt haben:

Verkaufspreise pro Tonne:

	1900	1901	1902
für Inland . . .	10,70 M.	11,01 M.	10,45 M.
für Ausland . . .	9,82 „	11,22 „	9,84 „

Es ist also die Tonne in 1900 um 88 Pf. und 1902 um 61 Pf. billiger nach dem Ausland geliefert worden, in 1901 dagegen um 21 Pf. teurer. Aber diese Angabe ist total wertlos, denn es werden nicht im Ausland dieselben Kohlenarten und -Qualitäten abgesetzt, wie im Inland. Nach den Auslandsmärkten gehen durchweg nur die besseren und besten Sorten. Einen Wert würde die Preisaufstellung nur haben, wenn genau angegeben worden wäre, wie sich gleichzeitig die Inlands- und Exportpreise für die gleichen Sorten gestellt haben, und wenn weiter das gesamte Ausland nicht als einheitliches Abfahrgebiet zusammengefaßt, sondern nach Ländern unterschieden worden wäre. So wie jetzt die Preisaufstellung beschaffen ist, hat sie nicht den geringsten Wert.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat gehört zweifellos zu den am besten geleiteten Kartellen. Es hat auch bei seinen Preisfestsetzungen in den vergangenen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs weit mehr Maß zu halten verstanden, als z. B. das Coalsyndikat und verschiedene der Kartelle in der Eisenindustrie. Wenn trotzdem seitens der Kartelleiter eine derartige Jugelmüßigkeit beobachtet wurde und das Ergebnis der Beratung als ein äußerst armesiges bezeichnet werden muß, was ist dann von den späteren Verhandlungen über jene Kartelle zu erwarten, denen ihr eigenes Interesse gebietet, sich noch weniger in die Karten blicken zu lassen? Brauchbare Resultate zu liefern vermag nur eine parlamentarische Enquete mit Zeugniszwang. Vielleicht ist aber gerade deshalb dieser Weg von der Regierung nicht gewählt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. April.

Der deutsche Kaiser

Ist am Donnerstag über Kiel nach Kopenhagen gereist. Er besucht den dortigen Königshof. Die deutsche bürgerliche Presse behandelt, wie sich versteht, auch diese Kaiserreise als bedeutames Geschehensereignis. Wir schägen hiesige Geschehnisse anders ein. Immerhin meinen auch wir, daß es für das Oberhaupt des Deutschen Reiches recht interessant sein dürfte, die Zustände in Kopenhagen und Dänemark näher kennen zu lernen. Die Verwaltung von Kopenhagen steht unter Leitung eines socialdemokratischen Bürgermeisters, während in der Hauptstadt des deutschen Reiches selbst mild-liberale Leute nicht würdig gelten, den Bürgermeisterposten einzunehmen. Und allgemein herrschen in Dänemark karleokratische Einrichtungen; das Land gedeiht trefflich ohne Junkertum, ohne Follwäher, ohne Arbeiterentrechtung. In Kopenhagen und Dänemark läßt sich wahrlich manches lernen!

Wahllisten-Wirrwarr.

Nach unfern gestrigen Feststellungen hat sich nunmehr die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ entschlossen, zu schwärzen. Sie giebt das Spiel, aber den Wahlterminen Lügen zu verbreiten, auf, um den unsauberen Handel nicht noch zu verschlimmern. Damit sind untre Mitteilungen nun auch offiziös bestätigt, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht hindern wird, bei der nächsten Gelegenheit, wenn der heilige Fall vergessen ist, wenn der „Vorwärts“ eine ihr unbequeme Enthüllung bringt, zu schreiben: „Wiederum bringt der „Vorwärts“ eine falsche Nachricht.“

Die Tragikomödie der zwei Wahltermine hat übrigens die unangenehmsten praktischen Folgen. Der wie aus der Pistole geschossene Erlaß des Ministers des Innern, daß die Wahllisten noch vor Ostern fertiggestellt werden müßten, hatte Sinn, so lange man mit dem 17./18. Mai als Wahltermin rechnete. Nachdem man sich aber zum 16. Juni entschlossen hat, war solche Ueberstürzung nicht mehr nötig. Die Order und Kontorder über den Wahltermin hat in den mit der Aufstellung der Wahllisten beschäftigten Bureaus fast eine Panik hervorgerufen. Nachdem zwischen Sonnabend und Montag der neue Termin (16. Juni) festgesetzt wurde, mußte die Arbeit, die bisher auf den 17./18. Mai basirt war, ganz von neuem begonnen werden. Aber damit nicht genug: Es giebt keinen Termin, der so ungünstig für die Aufstellung der Wahllisten ist, als der jetzige. Namentlich in Berlin mit seinem ungeheuren Osterumzug, der nicht mehr berücksichtigt werden kann, muß die Folge sein, daß entweder 10 000 Wähler in Bezirken am 16. Juni wählen müssen, in denen sie gar nicht mehr wohnen, oder aber daß unzählige Umschreibungen der Wahllisten vorgenommen werden müssen — eine Riesearbeit, die vor Ostern gar nicht mehr geleistet werden kann. Außerdem werden Personen, die am 1. April in die Vororte gezogen sind, leicht in die Lage kommen, doppeltes Wahlrecht — in Berlin und in dem neuen Bezirk — zu genießen. Die anbedenkliche Haft der Aufstellung der Wahllisten ist demnach eine große Rücksichtslosigkeit gegen die Wähler und der mit der Aufstellung der Listen beschäftigten Behörden. Außerdem ist hier ein Quell aller möglichen Unbequemlichkeiten und Ungenauigkeiten. Nachdem der Plan der Mai-Ueberrumpelung gescheitert, hat der Erlaß des Ministers des Innern jeden Sinn verloren und eine Ver-

Änderung der Frist für die Fertigstellung der Wählerlisten um vier Wochen ist im Interesse aller dringend erwünscht.

Vielleicht entschließt sich die bürgerliche Presse, die wieder einmal — ohne Unterschied der Partei — sich von dem offiziellen Pressbureau aufs unerschämteste anhängen ließ, sofern sie nicht freiwillig mitzog, als sie in fast wörtlich übereinstimmenden Notizen von dem „Sieg“ der „Norddeutschen“ über die Plunderereien und schwindelhaften Manöver des „Vorwärts“ fabelte, — und erkennt wenigstens die Berechtigung dieser untrüglichen Forderung an.

Deutsches Reich.

Streifbrotter unter Polizeischutz.

Wir berichteten schon gestern von blutigen Straßenscenen in Bromberg. Es wird uns dazu heute noch folgende telegraphische Mitteilung gemacht:

Zwischen Streifenden und der Polizei erfolgten am Montag und Mittwoch Zusammenstöße. Die Ursache liegt in der Einführung von ausländischen „Arbeitswilligen“. Am Mittwoch erwartete ein Polizei-Aufgebot von ca. 40 Mann die Streifbrotter am Bahnhof, um sie unter blank gezogener Waffe den Arbeitgebern zuzuführen. Von einigen am Streik nicht beteiligten Personen sind Steinwürfe erfolgt, welche die Polizei durch Dreinhalten mit der Klinge beantwortete. Die Ruhe ist mittlerweile vollständig wieder hergestellt.

Die Ursache des Geschehnisses liegt also auch in diesem Falle wieder in der schmachtenden Vaterlandslosigkeit des Unternehmertums, das lieber fremde Arbeiter ins Land holt als daß es den deutschen Arbeitern beschriebene Forderungen erfüllt.

Es ist ungeheuerlich, daß die Vaterlandslosigkeit der Unternehmer durch die Polizeibehörde geschützt wird. Die Polizei hat wohl Fürsorge zu treffen, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört wird. Wenn sie aber mit großem Aufgebot die Streifbrotter durch die Straßen geleitet, so daß die Streifenden nicht einmal die Möglichkeit haben, die Lage der Dinge ihnen vorzustellen und sie darüber zu unterrichten, daß sie im Begriff stehen, eine ehrenwürdige Handlung zu begehen, dann ist das ein Streifbrotter- und Unternehmerschutz, der nicht bedingt ist durch die der Polizei wirklich zukommende Pflichten! Durch solchen Streifbrotter- und Unternehmerschutz wird das Gegenteil von dem erreicht, was die Polizei erreichen soll: Die Bevölkerung, die nicht an Excesse denkt, wird schwer erregt und solche Personen, die nicht durch die Arbeiterbewegung auch gegenüber jederlei Polizeimäßigkeiten zur besonnenen Ruhe erzogen sind, lassen sich zu Ausschreitungen hinreißen.

Es ist dringend nötig, daß allenthalben die Polizei durch geeignete Instruktionen vor einer Ausübung des Streifbrotter- und Unternehmerschutzes verwahrt wird, wie sie in Bromberg soeben wieder zu sehr bedauerlichen Folgen geführt hat.

Water Buddha, der selber schon mit gutem Beispiel vorgegangen ist, hat es sich in den Kopf gesetzt, daß in seinem ganzen Reiche sich fortan die Arbeiter mit ihren höchsten Vorgesetzten zu Tisch setzen sollen. Nach einer Bekanntmachung des Inspektionsvorstandes in Stendal wurden dort die „Arbeiter und Beamten“, nicht etwa die Beamten und die Arbeiter, zu einer Versammlung eingeladen, um „auf höhere Anregung“ einen Verein zu gründen, dem „die hohen, mittleren und Unterbeamten und auch die Arbeiter“ beitreten können.

Dieser Einladung waren am 27. März etwa 600 Mann, Arbeiter und Beamte, gefolgt. Als Vertreter des Eisenbahnpräsidenten hielt ein Regierungsrat einen Vortrag und nannte als Zweck des Vereins unter anderem, daß es den Arbeitern möglich gemacht werden soll, mit den „höheren und höchsten Beamten“ in geselligen Verkehr zu treten. Auch eine Spar- und Vorstudienklasse soll gegründet werden, damit die Arbeiter in Geldverlegenheiten nicht Wucherern in die Hände zu fallen brauchen, sondern das Geld ihrer Kollegen in Anspruch nehmen könnten. (So verbessert Herr Buddha die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner, ohne daß es dem Eisenbahnsiskus etwas kostet.) Am Schluß seiner schönen Rede forderte der Herr Regierungsrat die Anwesenden auf, sämtlich dem Verein beizutreten, damit der Herr Minister sehe, daß sie seinem Wunsche Folge leisten.

Dann ging die Vereinsgründung vor sich. Während der Leistung der Unterschriften verschwand still und allmählich die Hälfte der Anwesenden. Der Vereinsbeitrag, der halbjährlich 50 Pfennige betragen soll, wird jedesmal gleich vom Gehalt abgezogen. In den Werkstätten ist die Breslauer Kaiserrede von der gesicherten Existenz ausgehängt. Vor kurzem erhielten wieder zwei Arbeiter die gesicherte Existenz bei der Eisenbahn mit 1,80 Mark Tagelohn.

Welch ein Glück, ein preussischer Eisenbahnarbeiter zu sein!

Justiz in Schlesien.

Zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte die Strafkammer in Breslau, wie uns von dort geschrieben wird, den Genossen Brühns, Redakteur der „Volkswacht“, wegen eines Artikels „In Ober-Schlesien machen wir das so“, der sich mit dem Geschäft des Zeitungsböten Schwid beschäftigte und nach Ansicht der Staatsanwaltschaft vier Beleidigungen verschiedener Behörden enthielt. Von der Beleidigung des Amtsvorstehers Omerich wurde Genosse Brühns freigesprochen, denn der Mann gab vor Gericht zu, dem Zeitungsböten des Bergarbeiter-Vereins, Inhabers Schwid aus seiner Wohnung vertrieben zu haben, weil derselbe sozialdemokratischer Agitator war. Der Amtsvorsteher erklärte, daß er sich zu dem Hausbesitzer begeben habe und ihn um die Ausmietung des Schwid ersucht habe, weil er das für seine Pflicht halte, und der Grundbesitzer ist ein so lothaler Mann, daß diese Auforderung genügt. Dieses Vorgehen des Amtsvorstehers nannte der Staatsanwalt zwar ungewöhnlich, aber doch nicht ungesetzlich. Nun hat sich Schwid entweder keine Wohnung besorgt oder keine gefunden, und er wurde deshalb vom Landgericht in Beuthen zu zwölf Wochen Haft verurteilt — weil er sich innerhalb der festgesetzten Frist kein Unterkommen besorgte. Das Gericht nahm an, daß Schwid aus Eitelkeit keine neue Wohnung suchte und fand die in dem Artikel der „Volkswacht“ erhobenen Vorwürfe gegen das verurteilende Beuthener Landgericht als unbegründet und beleidigend. Schwid wurde aber auch auf die Liste der Arbeitslosen gesetzt, obwohl er durch seine Kolportage 48 M. pro Monat verdient und daneben eine kleine Inhabersrenten bezog, weil er Stellungen als Thordwächter, Leinwandwächter und Waleisbinder ausübte oder wieder aufgab. Der Mann ist 96 Pfund schwer, sehr schwächlich und invalide. Das Gericht erkannte hier die Auslieferung auf die Liste der Arbeitslosen durch den Amtsvorsteher Schreiber für berechtigt — wenn man auch über den Begriff „Arbeitslos“ verschiedener Meinung sein können. Schließlich wurde noch ein gegen den Amtsvorsteher Hermann in Königshütte erhobener Vorwurf für beleidigend erkannt, laut welchem derselbe den polnischen Genossen Haase eiblich vernommen hatte, obwohl Haase in dem Verfahren gegen „Unbekannt“ als Mißhandelter zu betrachten war. Diese eibliche Vernachlässigung ist nach Ansicht des Gerichts korrekt gewesen. Für alle diese Straftaten beantragte der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis und das Gericht erkannte, wie angeführt, auf zwei Monate.

Aus dem Urteil gegen Genossen Radlof wegen Beleidigung eines Landeshüter Schussfabrikanten ist noch nachzutragen, daß sich das Landeshüter Schussfabrikant wieder die Debatte zu sich machte: „Der Angestellte sei zwar unbestraft, aber er habe die Strafen seiner Vorgänger an sich zu nehmen, wenn er eine Redakteurstellung an der über beleumundeten „Landeshüter Volkzeitung“ übernimmt.“ Gegen Radlof wurde dieser Zeitung sind

Bisher nur 2 Urteile ergangen, ein lautete auf 80, das andre auf 50 Mark Geldstrafe! Genosse Radlof aber erhielt auf Grund der obigen Debatte, wie berichtet, 1 Monat Gefängnis. Die famose „Zeitungs-„Erbsünde“.

Aus Bessen wird uns vom 1. April geschrieben: Die Verhandlungen über die Beanstandung der Wahl des Genossen Drb in Offenbach-Land führten zu beständigen Zusammenstößen in der Kammer. Die Wahl war beanstandet, weil in einem Orte die Wahlkommission in letzter Stunde im Interesse schnellerer Erledigung des Wahlgeschäftes die Vorschrift über die persönliche Abgabe der Stimmzettel verlegt habe und außerdem die Protokollführung einige Irrtümer aufwies. Da keinerlei beabsichtigte Befehlsverletzung vorlag und da auch das Wahlergebnis nicht in Frage gestellt war, so hatte die Ausschussmehrheit die Gültigkeit beantragt. Andererseits hatte die Ausnahmeherrschaft die Ungültigkeit der Wahl des nationalliberalen Nebenreich beantragt, weil dabei eine große Zahl Wahlberechtigter irrthümlicherweise wegen Steuerrückstandes abgewiesen worden waren, so daß das ziffermäßige Wahlergebnis dadurch alteriert erschien. In beiden Fällen wurde entgegen den Anträgen der Ausschussmehrheit verfahren. Die Wahl Seitenreichs wurde für gültig erklärt; die Wahl Drbs wurde verworfen. Dieses sonderbare Verhalten der Kammermehrheit war die Folge eines Kuhhandels, der zwischen Nationalliberalen, Ultramontanen und Bauernbündlern abgeschlossen worden war. Der Handel war von den Herren Criola und Genossen mit solchem Eifer und solcher Offenheit betrieben worden, daß ein Absegnen unmöglich war. Unser Vertreter Ulrich, Cramer und David sagten den Herren die Sache auf den Kopf zu und aus der Mitte des Hauses erhoben sich einwandsfreie Zeugen, die die Anklage bestätigten. Aus dieser peinlichen Situation glaubten sich die Ankläger dann dadurch herauszulesen zu können, daß sie unsern Ausschussmitglied Abg. Cramer vortwarfen, er habe seinerseits einen Versuch gemacht, die Bauernbündler für die Wahl Drbs zu gewinnen durch Zusage von Stellen der sozialdemokratischen Stimmen für die ebenfalls angefochtene Wahl des Bauernbündlers Hirschel, bei der Wahl Drb und Wahlkommission eine hervorragende Rolle gespielt hatten. Abg. Cramer bestritt auf das entschiedenste, ein derartiges Anerbieten im Privatgespräch mit dem Bauernbündlerischen Ausschussmitglied Bähr gemacht zu haben und stellte vielmehr die Thatsache fest, daß ein solches Anerbieten ihm von Herrn Hirschel selbst gemacht worden sei, wozu er lediglich Herrn Bähr Mitteilung gemacht habe. Dessen ungeachtet blieben die nationalliberalen und ultramontanen Ankläger dabei, die Sozialdemokraten des Versuchs der Sünde zu zeihen, deren sie selbst sich beweisenmaßen schuldig gemacht hatten. Gegen dieses Verfahren nach dem beliebigen Princip „Galtet den Dieb!“ erhoben die Abgeordneten David und Ulrich scharfen Protest. Die Gültigkeitserklärung der Bier- und Schnapswahl des Abg. Hirschel bildete den würdigen Abschluß der Verhandlungen.

Wahlvorbereitungen.

Internationale Solidarität.

Aus Brüssel wird uns berichtet: Der Generalkonvent der belgischen Sozialdemokratie beschloß soeben, daß in allen Partei-Organen des Landes Listen ausgelegt werden sollen zu Gunsten des Wahlkampfes der deutschen Genossen. Es soll bekundet werden, daß die belgische Sozialdemokratie sich eins stellt mit der deutschen im Kampfe gegen die Reaktion. Aus der Centralkasse wurden sofort 1250 Frank bewilligt. Der Generalkonvent spricht die Hoffnung aus, daß alle Gruppen ihre Pflicht gegenüber der deutschen Sozialdemokratie erfüllen werden.

Die deutsche Sozialdemokratie dankt der belgischen Bruderpartei für diesen Beschluß und seine schnelle Ausführung. Sie dankt nicht allein für die materielle Wahlhilfe, sondern vor allem der darin bekundeten Empfindung der internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die internationale Ausbeutung und die internationale Reaktion.

Die Frauen und die Reichstagswahl.

Nachdem die Reichstagswahl ausgefallen ist, tritt in Preußen für die Frauen ein Recht in Geltung, das ihnen zu andern Zeiten von der Reaktion noch immer vorenthalten wird: sie dürfen sich auch in Vereinen mit Politik beschäftigen.

Das Verbot der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen ist im § 8 des preussischen Vereinsgesetzes ausgesprochen. Der § 21 desselben Gesetzes lautet aber in seinem zweiten Absatz:

Wahlvereine unterliegen den Beschränkungen des § 8 nicht.

Die Rechtsprechung, die sich mehrfach mit der Frage beschäftigt hat, daß so ausgelegt, daß Wahlvereine im Sinne des § 21 nur solche Vereine, Ausschüsse oder Komitees sind, die sich lediglich mit einer bestimmten ausgeprägten Wahl beschäftigen.

Danach dürfen jetzt in Preußen die Frauen Vereine, Ausschüsse, Komitees und dergleichen bilden oder solchen angehören, die sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl beschäftigen. Nach vollständiger Erledigung der Wahlen, selbstverständlich auch der Stichwahlen, würde der gewöhnliche urpreussisch-reaktionäre Zustand wieder eintreten.

Der Zeitpunkt der Wahlberechtigung.

Ins wird geschrieben: Ist der am 16. Juni 1878 geborene Deutsche wahlberechtigt? Diese Frage bejahen Sie gelegentlich des Nachweises im „Vorwärts“ vom 2. April, daß die Reichstagswahl für die zweite Hälfte des Mai in Aussicht genommen war. Ihre Ansicht ist seit dem 1. Januar 1900 zweifellos für ganz Deutschland zutreffend. Sie sagen, die Sache sei strittig, die bisherige Praxis habe entgegengekehrt entschieden. Das trifft für die Vergangenheit zu und ist in der Wahlprüfungskommission in den Jahren 1887 und 1893 bei Einzelfällen zur Sprache gekommen. Vor Einführung des bürgerlichen Gesetzes waren nämlich zwei Deutsche, die an demselben Tage in verschiedenen Rechtsgebieten geboren waren, verschieden alt, ja nach Ansicht einiger wurde man einen Tag jünger, wenn man beispielsweise von Sachsen nach Altpreußen oder von Berlin nach Hannover, hingegen einen Tag älter, wenn man umgekehrt reiste. Da sich nach dem Alter die Volljährigkeit, die Ehemündigkeit, die Strafmündigkeit, die Testamentfähigkeit, die Wahlfähigkeit und viele andre Fähigkeiten richten. Das eine Rechtsgebiet hatte die sogenannte „natürliche Berechnungsweise“, in der von dem Moment der Geburt mathematisch genau gerechnet wurde, ein andres die „Civiltampation“, eine Berechnungsweise, bei der der Tag der Geburt nicht mitgerechnet wurde, ein drittes ein Gemisch von beiden Systemen der Berechnung. Diese herrliche Zeit. Das bürgerliche Gesetz hat entschieden. Durch den § 187. Letzter Satz wurde allen Deutschen die Zeit ihres Geburtstages gekürzt, die zwischen Mitternacht und dem Moment der Geburt liegt. Man wird 25 Jahre alt mit Beginn der Geisterstunde des Tages, an dem man geboren ist. Wer am 16. Juni 1878 geboren ist, wird mit Beginn des 16. Juni 1900 wahlfähig.

Wenn in einer amtlichen Aufforderung zur Fertigstellung der Wählerlisten die entgegengesetzte Auffassung kundgegeben ist, so kann diese amtliche Stelle kein Reichsamt sein, denn diesem ist das bürgerliche Gesetz nicht unbekannt. Sollte etwa auch die neueste Anweisung des preussischen Ministers von der verkehrten Ansicht ausgegangen sein, daß die am 16. Juni 1878 Geborenen nicht wahlberechtigt seien, so ist es höchste Zeit zur Umkehr.

Solingen. In Solingen will der bisherige Vertreter des Kreises, Sabiu, nicht mehr kandidieren. Er hat in einer Versammlung der Vertrauensmänner der liberalen Gruppen eine dahingehende Erklärung abgegeben lassen. Als Kandidat der vereinigten liberalen Parteien ist, wie unser Solinger Parteiblatt mit-

teilt, der Fabrikbesitzer Albert Vittingens in Aussicht genommen, der voraussichtlich annehmen werde. Unser Solinger Parteiblatt bezeichnet ihn als einen Mann von hervorragenden Fähigkeiten. Der Kreis Solingen wird aber trotzdem hoffentlich nicht wieder durch einen Mann der „vereinigten liberalen Parteien“ vertreten werden.

Fürth-Erlangen. „S.“ meldet: Die Nationalliberalen stellten für den Wahlkreis Fürth-Erlangen den Grafen zu Montin-Erdart als Kandidat für die Reichstagswahlen auf.

Ausland.

Aus dem Lande der Wieselthaler.

Eine entsetzliche Nachricht kommt wieder aus Rußland, geeignet, die jedes Wortes spottende Abscheulichkeit der russischen Zustände vor aller Welt außer Zweifel zu stellen und alle Gemüter aufs tiefste zu erregen.

Es handelt sich, wie wir der „Wossischen Zeitung“ entnehmen, um die vom Fürsten Andronikow veröffentlichten Mitteilungen über den Tod eines unglücklichen Mädchens Namens Tatjana Solotowa. Die Solotowa wurde im Mai des vorstehenden Jahres auf der Station Tichorezskaja der Moskwa-Wladikawsk-Eisenbahn angeblich wegen Diebstahls verhaftet und soll sich — nach amtlicher Lesart — aus unbekannter Veranlassung, oder in einem Anfälle von Hysterie, im Gefängnisse das Leben genommen haben.

Bald darauf erschien in den „Petereb. Wjed.“ eine Zuschrift, worin der Untersuchungsrichter Puffepp beschuldigt wurde, die Solotowa die angeblich von ihr geschriebenen Sachen in ihr Gepris gehoben zu haben. Dann habe Puffepp Lärm geschlagen, die „Diebin“ festzunehmen lassen, sie in der Zelle verewaltigt und darauf den Polizeibeamten überlassen. Diese hätten das Mädchen nicht allein selbst geschändet, sondern verschiedenen Vorübergehenden gegen ein Entgelt überlassen. Hiltos den Gefästen der Lummenschen preisgegeben, habe die Solotowa ihrem Leben durch Trinken einer Karbollösung ein Ende gemacht.

Das Justizministerium ordnete eine Untersuchung an, die überaus oberflächlich gewesen sein muß, denn das Ministerium verwies alsbald offiziell die in dem Zeitungsböten mitgeteilten Dinge in das Reich der Fabel und drohte, den Redakteur der „Petereb. Wjed.“, den Fürsten Lichtomski, wegen Verleumdung zur Verantwortung zu ziehen. Der angeklagte Untersuchungsrichter Puffepp reichte durch den Petereburger Untersuchungsrichter des IV. Bezirks bereits im August des vorigen Jahres gegen Lichtomski thatsächlich die Klage wegen „Verleumdung durch die Presse“ ein, doch ist diese Klage merkwürdigerweise bis jetzt nicht zu gerichtlichen Ausstrag gekommen, ein Umstand, der nicht gerade zur Beliebtheit des Justizministers Murawjew beiträgt. Das Verurteilungssystem Murawjews gegenüber Vergehungen von hochgestellten, einflussreichen Persönlichkeiten oder Beamten seines Dienstzweiges ist in Rußland geradezu berühmt. Die öffentliche Meinung vernichtete sich daher im Falle Solotowa keineswegs mit den gewundenen Erklärungen Murawjews. Vor allem blieb Fürst Lichtomski nicht auf halbem Wege stehen, sondern ersuchte einen persönlichen Freund, den Fürsten Andronikow, sich nach Tichorezskaja zu begeben, um auf dem Wege einer privaten Untersuchung der Wahrheit auf den Grund zu kommen.

Das Ergebnis dieser Untersuchung war in einem Briefe des Fürsten Andronikow niedergelegt, der in Nr. 15 der „Petereb. Wjed.“ veröffentlicht wurde und das größte Aufsehen in ganz Rußland hervorrief. Fürst Andronikow sagte das Endergebnis seiner Arbeit in diese Worte: „Auf Grund meiner Untersuchung und auf Grund von Daten, die durch die höchste Verwaltungsbehörde des Gebiets bestätigt worden sind, nachdem sie von mir direkt bei den Eltern der unglücklichen Solotowa eingeholt worden waren, beruhen die Mitteilungen Ihres Korrespondenten unbedingt auf Wahrheit, ja die Thatsachen sind noch viel schrecklicher, als Ihnen berichtet worden ist. Es ist Ursache zu der Annahme vorhanden, daß die Solotowa sich nicht selbst mit Karbollösung vergiftet hat, sondern vergiftet worden ist zur Befreiung der Spuren der Verewaltigungen, denen sie seitens einiger Duzend Menschen ausgesetzt worden war. Von diesen war sie hauptsächlich zu Tode gequält worden.“ Dieser Brief, dem die Redaktion noch einen Artikel unter der Überschrift „Man kann nicht schweigen“ angefügt hatte, rief einen Sturm der Entrüstung in den besten Kreisen Petereburgs hervor. Die Presse wurde von den Behörden sofort gezwungen, die Angelegenheit totzuschweigen. Der Minister des Innern Plehwe erließ folgendes Anebelungs-Circular an die Presse:

Hauptverwaltung in Prehangelegenheiten. Nummer 517. 16. Januar 1903. Angehts der Anordnung einer Untersuchung in Sachen der Umstände beim Tode des Fräulein Solotowa erachtet es der Minister des Innern für notwendig, bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Untersuchung die Weiterverbreitung irgend welcher Nachrichten und Artikel über die genannte Angelegenheit zu verbieten. Desgleichen ist es untersagt, den in Nr. 15 der „Petereb. Wjed.“ veröffentlichten Brief des Fürsten M. Andronikow sowie den Artikel „Man kann nicht schweigen“ nachzubringen.

Gegenwärtig machen in Rußland Abschriften eines Privatbriefes des Fürsten Andronikow an W. D. Hjelow die Runde. Daraus sind folgende Angaben zu entnehmen: Nachdem der Fürst sich entschlossen hatte, auf eigene Faust die Wahrheit zu erkunden, begab er sich zunächst, um offen vorzugehen, zum Chef des Kubangebiets, des Schaplayes der Ereignisse, Generalleutnant Malama, den er von seiner Abkunft unterrichtete. Nicht wenig überrascht war der Fürst, als General Malama ihm sofort erklärte, die in den „Petereb. Wjed.“ gebrachte Darstellung entspräche vollkommen den Thatsachen. Fürst Andronikow schreibt nun wie folgt: „General Malama versicherte mir, daß die Solotowa in der That von Persönlichkeiten des Justizreferats, d. h. der örtlichen Gerichtsbehörden verewaltigt worden und daß ihr Tod infolge der tierischen Mißhandlungen und Schandungen erfolgte, denen dieses unglückliche Mädchen ausgesetzt war.“ Ueber all das hat der General seiner Zeit dem Höchstkommmandierenden im Kaukasus, Fürsten Solizyn, Bericht erstattet und er ist bereit, jeder Zeit vor allen und auch vor dem Kaiser seinen amtlichen Bericht zu bekräftigen.

Als die Arbeiter in Tichorezskaja, so fährt Fürst Andronikow fort, den Zweck meines Besuchs kannten, wurde ich mit Freude von ihnen aufgenommen, man umdrängte mich, lud mich ins Depot ein, rief die Augenzeugen des erschütternden Dramas herbei und gab mir mit Eifer die genauesten Erläuterungen über den empörenden Fall. Die Arbeiter bestätigten mir in allem die Erzählung der unglücklichen Eltern und fügten hinzu, daß die Solotowa allen Leuten preisgegeben wurde. Außer dem gesamten Dienstpersonal, dem der Zutritt freigestellt war, durfte jedermann gegen eine geringfügige, an das Gefängnispersonal zu zahlende Entschädigung in die Zelle der Solotowa gehen. Kosteten wurden für einige Groschen oder auch nur für Schnaps zugelassen. Hingegen haben alle, welche das unglückliche Mädchen in Schuß nehmen wollten, für die hochherzige Wahrung ihres Herzens büßen müssen. Der Stationsmaschinist Kondaloto wollte die Solotowa gegen Kostung in sich nehmen. Er wurde auf Anordnung des Staatsanwalts Dubinski ins Jekaterinodarische Gefängnis geschickt und erst nach Ankauf des Petereburger Staatsanwalts entlassen. Er wurde aus dem Dienst gejagt und ist bis jetzt ohne Stelle. Die von den Eltern bei der Verewaltigung der Solotowa erbetteten Zeugen Kisselew und Sopotow, Schlosser im Eisenbahndepot, wurden ebenfalls ins Gefängnis geschickt, weil sie öffentlich verewaltigten, daß Tatjana Solotowa sich nicht vergiftet habe, sondern bei den Verewaltigungen erstickt sei.“ Die Leiche war schrecklich entstellt. Gelähmte Beine und Hände bedeckten den Körper, Spuren von Nägeln waren auf Beinen, Brust und Händen zu finden. Tatjana hatte mehrere Telegramme an ihre Eltern aufgesetzt, das Geld dafür hatte sie erlegt und Leistungen darüber erhalten, doch keines dieser Telegramme hat seinen Bestimmungsort erreicht. Später wurden die Leistungen von den alten Solotows in den Strümpfen der Tochter entdeckt. Die Polizei verbot den Solotows aufs strengste, irgend jemand in der Stadt von den Vor-

fällen etwas zu erzählen. Dem Eisenbahnbediensteten Tolmatzke wurde verboten, eine Photographie von der entstellten Leiche des Mädchens anzufertigen.

So weit der Brief des Fürsten Andronikow, der überall in Rußland gelesen wird und die Empörung gegen das herrschende Regime nur noch mehr anfaßt.

Das entsetzliche Verbrechen ist aber nicht ein Ausnahmefall, sondern typisch für das Zarenreich, in dem das Menschenleben jeder Beamtenwillkür, jeder Korruption reitungslos preisgegeben ist.

Holland.

Amsterdam, 1. April. (Sig. Ver.) Die Zweite Kammer beschloß heute, mit der Behandlung der Zwangsgehalte am Donnerstag zu beginnen. Nach den Anstellungen der verschiedenen Blätter scheint sich auch die größte Mehrzahl der Liberalen mit dem neuen Regierungskabinet im allgemeinen abzufinden.

Der Ausstand der Speicherschiffleute (Schuitenboorders) ist heute ausgebrochen, da die Gegenvorschläge der Arbeitgeber unannehmbar sind. Diesen Ausstand wird alsbald große Bedeutung zugemessen, da er den Amsterdamer Großhandel beinahe vollständig lahmlegt und da in seiner Folge Solidaritäts-Ausstände der übrigen Kategorien von Transportarbeitern zu erwarten sind. — Die Ausstände der Erntearbeiter, der Schmiede, der Fahrrad- u. Fabrik-Simpler und der Amsterdamer Kaffee-Verlejerinnen dauern fort; auch ein Ausstand der Choristen der Niederländischen Oper ist ausgebrochen.

Italien.

Protest gegen Russendienst.

Nach Meldungen aus Mailand zogen dort Republikaner und Socialisten nach einer Protestversammlung gegen die Verhaftung des Russen Goey nach dem russischen Konsulat. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei der Fahnenstange auf dem Konsulatsgebäude zerbrochen wurde. Die Ansammlung wurde zerstreut, 4 Personen wurden verhaftet.

Türkei.

Konstantinopel, 2. April. Das vorgestrige Gefecht zwischen Albanesen und Regierungstruppen bei Mitrowiza und die Verwundung des russischen Konsuls Schischerbina durch einen Albanesen haben in hiesigen amtlichen Kreisen erste Besorgnis hervorgerufen. 18 Mediz-Bataillone aus dem Vilajet Smyrna haben Befehl erhalten, sich nach Saloniki zu begeben.

Gestern vormittag begaben sich der Großbezirker Ferid Pascha und der Sekretär im Ministerium des Äußeren Kurt Bey auf die russische Botschaft, um dem Vorkämpfer Sinowjew das lebhaft Bedauern des Sultans über den Zwischenfall in Mitrowiza und die Verwundung des dortigen russischen Konsuls anzusprechen. Zugleich wurde dem Vorkämpfer die Zusicherung gegeben, daß der Thäter und etwaige Mitschuldige strengstens bestraft werden würden und daß der Sultan durchgreifende Maßnahmen zur vollständigen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung angeordnet habe.

Ueber die Lage in Mitrowiza, dem Wohnsitz des verwundeten russischen Konsuls berichtet der Petersburger „Regierungsbote“ auf Grund von Telegrammen aus den letzten Wärtagen wie folgt: Die in der Nähe der Stadt Wutschitira versammelten Albanesen forderten die Entfernung der christlichen Saptiehs. Als die Behörden diesem Verlangen nicht nachkamen, begaben sie sich am 26. März nach Wutschitira und brachten die christlichen Saptiehs nach Wutschitira. Am 30. März belagerten sie Mitrowiza, wurden aber von türkischen Truppen durch Artilleriefeuer zurückgeschlagen und zerstreut. Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt über 100. Neue Scharen Albanesen rücken aus Jpek nach Jenibazar.

Partei-Nachrichten.

Zur intensiveren Förderung der Wahlagitatio ist der Genosse Linus Scheibe in Dortmund aus der Redaktion der „Rhein.-Westf. Arbeiterzeitung“ ausgeschieden und hat ausschließlich die Leitung des Wahlbureaus übernommen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Einen Socialdemokraten größter Art und Volksaufwiegler hatte der Gemeindevorsteher Urbanski zu Ruzsdorf bei Breslau in einer Anzeige an das Bezirkskommando den Maurer und Reserve-Unteroffizier H. Haschle genannt, als dieser zu einer Uebung eingezogen wurde. Haschle wurde darauf vom Kommandeur des 11. Regiments in Breslau verurteilt, seine angebliche socialdemokratische Gesinnung beim Regiment nicht zu betätigen. Er stellte demnach beim Amtsgericht Breslau gegen Urbanski Strafantrag wegen Verleumdung. Das Verfahren gegen den Gemeindevorsteher wurde eingeleitet, dann aber vorläufig eingestellt, nachdem die Regierung in Breslau zu Gunsten Urbanski den Konflikt erhoben hatte. Die Regierung betonte, Urbanski habe in amtlicher Eigenschaft gehandelt und sich im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten. Die Anzeige sei auf Anregung des Bezirksfeldwebels Bender erfolgt, auch sei Haschle thatsächlich Socialdemokrat. Was das letztere betrifft, so stützt sich die Regierung auf Behauptungen des Gemeindevorstehers und Amtsvorstehers. Danach ist Haschle eine Zeit lang Vorsitzender des Zweigvereins Ruzsdorf des Centralverbandes deutscher Maurer gewesen. Der Amtsvorsteher sagte u. a. noch, Haschle habe „trotz seines äußerst einnehmenden Wesens“ unter den Ruzsdorfer Socialdemokraten eine hervorragende Rolle gespielt, „das unterliege keinem Zweifel“. Haschle wäre auch mehrmals mit Breslauer Socialdemokraten, so mit Herrn Schütz von der „Volkswacht“ gesehen worden. — Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts zu Berlin beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit. Haschle wurde vom Rechtsanwält Dr. Behrend vertreten, der unter anderem ausführte: Der Gemeindevorsteher wäre vielleicht berechtigt, auf Befragen der Militärbehörde eine Auskunft zu geben. Solche Anfrage sei aber gar nicht erfolgt. Urbanski habe vielmehr anlässlich eines geselligen Zusammenseins mit dem Bezirksfeldwebel im Wirtshaus Haschle verächtlich vorauf schließlich der Bezirksfeldwebel gemeint habe, Urbanski könnte ja H. anzeigen. Sei so schon wenig von einer Amtsbefugnis bei Abfassung des Briefes an das Bezirkskommando die Rede, so habe die gebrauchte Form noch weniger „Amiliches“ an sich. Auf keinen Fall hätte H. den Privatlagere Haschle einen Volksaufwiegler nennen dürfen, denn mit diesem Begriff sei die Verfeinerung der Anwendung schlechter Mittel verbunden. Zweifellos habe der Gemeindevorsteher Haschle, den er nicht gern mochte, eins auszuweisen wollen. Die Absicht der Kränkung und Herabsetzung sei unüberleubar. Haschle sei lediglich für den Centralverband der Maurer, einer gesetzlichen Organisation gemäß § 152 der Gewerbeordnung, thätig gewesen, und das könne man doch keine Volksaufwiegler nennen.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte jedoch den Konflikt der Regierung zu Breslau für begründet, so daß das Verfahren gegen den Gemeindevorsteher endgültig einzustellen ist. Das Gericht führte aus, es sei maßgebend, daß der Bericht des Gemeindevorstehers, betreffend die politische Stellung Haschles, in amtlicher Veranlassung erstattet sei. Und eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse sei Urbanski nicht vorzuwerfen. Die Absicht der Verleumdung gehe weder aus der Bezeichnung „Socialdemokrat der größten Art“, noch aus dem Gebrauch des Ausdrucks „Volksaufwiegler“ hervor.

Wir möchten trotz dieses Urteils keinem unserer Genossen raten, etwa einen Gemeindevorsteher, der seine Gemeindeglieder auffordert, den socialdemokratischen Flugblattverbreitern die Thür zu öffnen oder sie zum Dorfe hinauszujagen, ebenfalls einen „Volksaufwiegler“ und „Reaktionär größter Art“ zu nennen. Wir haben zwar keine Klassenjustiz, aber ein preussischer Justizminister hat es seiner Zeit als „alten Rechtsgrund“ bezeichnet, daß, wenn zwei daselbe thun, es nicht daselbe sei.

— Wegen Fabrikantenverleumdung wurde der Genosse Niem als Redakteur des „Vollstreckend“ vom Schöffengericht in Freiberg zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 2. April, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen früheren Stadtrat Kochmann. Der Stadtverordnete Ingenieur Georg Wolff (N. L.) hat sein Mandat niedergelegt.

Urlaub städtischer Arbeiter.

Zur Kenntnisnahme vorgelegt hat der Magistrat das Ergebnis seiner Ermittlungen über die Höhe der Stellvertretungskosten, welche bei Gewährung einesurlaubes für die städtischen Arbeiter erwachsen würden. Nach der aufgestellten Tabelle belaufen sich diese Kosten bei Gewährung desurlaubes nach einer Thätigkeit von 10, 5, 3 Jahren und einem Jahre auf bezw. 51 250, 82 650, 107 810 und 149 007 Mark.

Von mehreren Seiten ist Ausfühberberatung beantragt. Stadtv. Nathan (N. L.) hat den Antrag gestellt, den städtischen Arbeitern einen solchen Urlaub nach fünfjähriger Dienstzeit (nicht erst nach 10 Jahren, wie der Magistrat im vorigen Herbst angeordnet hat) ohne Einbehaltung des Lohnes zu gewähren. Dazu liegt noch ein Amendement Esmann vor.

Stadtv. Nathan (N. L.): Die Vorlage kommt im gegenwärtigen Augenblick, wo der Etat eben erst abgeschlossen ist, besonders erwünscht. Grundsätzlich ist ja der Magistrat derurlaubsgewährung nicht abgeneigt. Die Versammlung wollte erst rechnerische Unterlagen haben, und die uns zugeworfene Auffassung muß auch die letzten Befürchtungen derer zerstreuen, die von der Maßregel unerwartungsgläubige Kosten erwarteten. Für die meisten meiner Freunde sind 10 Jahre als Voraussetzung derurlaubsgewährung viel zu lang. Auch der Urlaub nach fünfjähriger Thätigkeit erfordert nur rund 100 000 M., eine für die Stadt Berlin und für diesen Zweck geringfügige Summe. Die großen Kommunen müssen auf diesem Gebiete vorbildlich wirken. Der Einwurf, daß angefaßt der so sehr verschiedenartigen Beschäftigung der Arbeiter — in freier Luft, in überheizten Maschinenräumen usw. — Schablonen nicht angebracht sei, ist nicht stichhaltig; jeder Arbeiter will einmal aus dem ewigen täglichen Einerlei seiner Arbeit auf eine Reihe von Tagen hinaus.

Stadtv. Wallach (N. L.): Auf die bezüglich derurlaubsgewährung selbst von der Versammlung gefaßten Beschlüsse will der Magistrat, wie es in der Vorlage heißt, sich später äußern. Wir sollten also bis dahin warten; der Antrag Nathan bringt uns in eine Zwangslage. Man kann doch nicht alles über einen Kamm scheren.

Stadtv. Hinge (Soc.): Wir haben seiner Zeit beantragt, den Arbeitern Urlaub nach einjähriger Thätigkeit zu bewilligen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil man erst eine Vorlage des Magistrats abwarten wollte. Der Magistrat hat in der jüngsten Vorlage aber nicht Stellung genommen, er will also offenbar abwarten, was die Versammlung in der Sache beschließen wird, sonst hätte er sich seit dem 18. September 1902 wohl schlüssig machen können, zumal wir ausdrücklich die Vorlage zum Etat feiert gewünscht hatten, um die Mittel noch in denselben einstellen zu können. Der vorjährige Ausschuß demittierte namentlich den Kostenpunkt; die Mehrheit wollte die Sache allerdings an diesem Punkte noch nicht schreiten lassen. Damals beantragte Herr Kreitzing Gewährung desurlaubes nach drei Jahren, er hat sich also mit seinen Freunden zu Gunsten der Vorlage seitdem stark gemauert. (Zuruf Nathan: Vertretungskosten!) Ja, daran sollte doch die Sache nicht scheitern! Einzelne Pollen in der Auffassung scheinen auch sehr hoch angerechnet zu sein; in einer Anzahl von Betrieben findet doch auch schon Vertretung durch die Kollegen im Erkrankungsfall statt, und das wird auch bei dem Urlaub möglich sein. Andererseits sind die eingestellten Beträge z. B. bei den Krankenkassen viel zu gering; es kommen da pro Kopf der Vertretung bloß 1,50 M. und noch darunter heraus. Die Krankenkassen und Wärtarinnen haben im Durchschnitt 15 Stunden pro Tag Dienstzeit und in der ganzen Woche nur einen Nachmittag frei. Bei solchen Belastungen sollte man diesen doch gerechterweise auch den Sommerurlaub gewähren und Vertretungspersonal besonders heranziehen; gestatte, das aber, dann reichen die eingestellten minimalen Beträge nicht entfernt aus. In anderen Städten wird ja thatsächlich leider in dieser Beziehung recht wenig geleistet, aber immerhin ist mehr gegeben, als der Antrag Nathan bringt. Frankfurt a. M. gewährt nach drei Jahren vier Tage, nach sechs Jahren sechs Tage Urlaub; Karlsruhe gewährt den sämtlichen städtischen Arbeitern Urlaub bis zu 8 Tagen, Charlottenburg nach 3 Jahren 8, München nach 5 Jahren 4, nach 10 Jahren 6 Tage. London giebt 7, Birmingham 3—12, Paris 10 Tage. Da bleiben wir also erheblich zurück. Herr Flohr hat seiner Zeit hier geäußert, daß die Privatindustrie gezwungen sein würde, dem Vorgehen der Stadt zu folgen. Dem ist nicht ganz so, denn wir haben in Deutschland eine große Anzahl industrieller Etablissements, welche 8 Tage Urlaub gewähren, und auch der „Vorwärts“ — fallen Sie nicht auf den Knieen — gewährt 8 bis 14 Tage! Sie befinden sich also in sehr guter Gesellschaft, wenn Sie über den Antrag Nathan hinausgehen. Ueber die Notwendigkeit desurlaubes zur Kräftigung der Gesundheit und der Arbeitsfreudigkeit ist kein Zweifel mehr. Bei den Beamten macht man ja auch keinen Unterschied; sie bekommen alle ihren Urlaub, wenn der Sommer herankommt, ohne jeden Unterschied. Was ihnen recht ist, ist den Arbeitern billig. Diejenigen Arbeiter, welche bloß kürzere Zeit thätig sind als 5 Jahre, sind ja an sich schon den älteren Arbeitern gegenüber im Nachteil, weil sie dieselbe Arbeit leisten müssen, aber geringer bezahlt werden. Nun sollen sie auch noch die kleine Vergünstigung desurlaubes einbüßen! Die Notwendigkeit ist für den Arbeiter vorhanden, ob er ein oder zehn Jahre im Dienste ist. Nun will Herr Esmann noch gar eine weitere Beschränkung, indem er nur diejenigen Arbeiter berücksichtigen will, welche 30 Jahre alt sind und fünf Jahre ununterbrochen im Betriebe stehen. Das geht denn doch gar zu weit; dann können z. B. bei der Straßenreinigung manche Arbeiter erst nach 15jähriger Thätigkeit zum Urlaub. Bei den Gas- und Kanalisationswerken sind ja schon 30 000 M. im Etat für diese Zwecke eingestellt; der Bedarf reduziert sich also auf 110 000 M. bei Gewährung desurlaubes nach einjähriger Thätigkeit. Wir hoffen, daß die Ausfühberberatung unserem Wunsche zur Annahme verhilft.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Mehr, als unser Antrag will, ist nicht zu erreichen. Die radikalsten Forderungen sind nicht immer die besten (Widerspruch); der socialdemokratische Antrag könnte leicht bewiesen, daß aus der ganzen Sache nichts wird. Wäre der vorjährige Magistratsantrag unbeansprucht geblieben, so hätten wir jetzt schon den Urlaub nach zehn Jahren Dienstzeit; da kam der socialdemokratische Antrag und so blieb die Sache bis jetzt überhaupt in der Schwebe. Eine knappe Mehrheit würde auf den Magistrat keinen Eindruck machen. Wir wollen gerade für die Arbeiter etwas erreichen. Der Antrag Esmann, der nicht bloß 30 Jahre Lebensalter, sondern auch ununterbrochene Beschäftigung von fünf Jahren im Betriebe voraussetzt, giebt weniger als der Magistrat geben will. Die Straßentüchtiger haben alle 305 Tage des Jahres zu arbeiten; ihre halben Ruhetage können nicht als Urlaub angesehen werden. Das Muster der Gewährung desurlaubes nach einjähriger Dienstzeit könnte die Privatindustrie nicht nachahmen, was wir doch aber wünschen müssen; eine so reiche kapitalistische Klasse wie der „Vorwärts“ schlägt sie nicht heraus. In diesem Punkte ist ja der „Vorwärts“ mangelhaft; ich will nur wünschen, daß er auch in allen Zweigen, z. B. bezüglich der Stereotypen, mangelhaft da steht. Hoffentlich werden wir später die fünfjährige Frist noch weiter verkürzen können.

Stadtv. Esmann (Fr. Fr.) hält mit Wallach die Beratung für verfrüht. Worüber solle ein Ausschuß beraten? Eine Ferien-

ordnung für die städtischen Betriebe könne er doch nicht ausarbeiten. Die Beschäftigungsdauer müsse eine ununterbrochene sein; Alter und Beschäftigungsart sowie die Jahreszeit müßten bei der Ordnung der Urlaubsfrage mitsprechen. Zur Ausfühberberatung werde er wohl oder übel mitstimmen.

Stadtv. Caffel (N. L.): Die letztere ist notwendig, weil die Anträge Geldbewilligungen erfordern. Der Antrag Nathan ist uns sympathisch; die Nachweisung wegen des Kostenpunktes ist dabei sehr ins Gewicht gefallen. Das Verlangen des Kollegen Hinge schiebt über das Ziel hinaus; wir können nur schriftweise vorgehen. Die Anträge Esmann muß ich ablehnen.

Stadtv. Stadthagen (Soc.): Wir sind außer Ausfühberberatung einig; ich bitte nur die Sache nicht so anzufassen, daß der Ausschuß bloß über den Antrag Nathan beraten soll. Auch Herr Goldschmidt wird sich im Ausschuß von der Ausführbarkeit unseres Antrages überzeugen. Woher weiß Herr Goldschmidt, daß unser Antrag vom Magistrat nicht angenommen wird? Er meint, die radikalsten Forderungen seien nicht die besten, und selbst Arbeiter sollen gemeint haben, es würde mit unserm Antrage zu viel verlangt. Herr Goldschmidt muß sich verhört haben, wahrscheinlich haben die Arbeiter gesagt, der Antrag geht noch lange nicht weit genug. (Große Heiterkeit.) Kollege Hinge hat eine Reihe von Städten angeführt, welche mehr gewähren, als hier gewährt werden soll; das hat Herr Goldschmidt wohl überhört, er solle auf diese Thatsachen etwas mehr achten und nicht seine Politik des Erreichbaren zu weit treiben. Er nehme sich an den Jüngern ein Beispiel, die stets mehr gefordert haben, als sie glauben erreichen zu können, während andere Parteien, die ganz in seiner Nähe seien, immer weniger gefordert haben und schließlich gar nichts mehr bekamen. „Der Kaiser weiß mutig einen Schritt zurück“, hat einmal ein preussischer Minister gesagt; wir sind nicht der Meinung, daß das Zurückweichen von besonderem Werte zeugt. Unsere Forderungen sind an sich notwendig und erfüllbar. Wir haben verlangt, was nach Maßgabe der jetzigen Verhältnisse der Arbeiter berechtigt ist zu fordern. (Lebhafter Widerspruch); von einer Wohlthat ist hier gar nicht die Rede (Erneuter Widerspruch). Herr Goldschmidt hat selbst zugegeben, der „Vorwärts“ sei in diesem Punkte eine Musteranstalt; wenn er dunkle Andeutungen machte nach irgend einer anderen Seite, so sollte er doch klarer mit der Sprache herantreten. Die Privatbetriebe leisten also z. T. weit mehr, als hier gefordert wird. Der „Vorwärts“ hält doch auch Herr Goldschmidt noch für einen Privatbetrieb. Die Besorgnisse wegen der Privatindustrie erinnern mich lebhaft an die Klagen mancher Großindustriellen und unsrer Kollegen Flohr, der mehr Beschäftigung für die Arbeiter verlangte. Eine größere Maschinenfabrik hätte sich durch die hohen Eisenpreise 1901 gezwungen, ihre Maschinenlieferungen für den „Deutsches Lohb“ in Triest in Triest anzusetzen zu lassen; diese Fabrik fährt die Firma Flohr, Berlin, Chausseestr. 28! Und diese Fabrik sind stets diejenigen, die den Lohn der „nationalen Arbeit“ im Grunde führen! Wenn Sie sich im Ausschuß von der Durchführbarkeit unseres Antrages überzeugen haben werden, wird der allgemeine Einwurf, daß der Magistrat ihn nicht annehmen wird, sicher abgethan sein. Auch der Magistrat besteht doch aus verständigen Köpfen; man tritt ihm zu nahe, wenn man annimmt, er würde einem verständigen Beschlusse nicht beitreten.

Stadtv. Rosenow (N. L.): Die Socialdemokraten haben ja die Arbeiterfreundlichkeit gepachtet. Vielleicht hat sich Herr Goldschmidt wirklich verhört, und man hat ihm gesagt, es sollte nur eine Woche gearbeitet und dann fünf Jahre Urlaub gewährt werden! (Rufe: Au! und Gelächter.) Als Vertreter der Allgemeinheit, der Arbeiter wie der Arbeitgeber, haben wir unsern Antrag gestellt.

Stadtv. Goldschmidt kann in Stadthagens Rede keinen materiellen Anhalt finden und schiebt in dem Antrage, den diese verteidigt, bloß ein Agitationsmanöver. Er weiche keineswegs mutig zurück; er verlange den Urlaub nach fünf Jahren. (Lebhafte Aufe: Voriges Jahr nach drei!) In Mitrowiza habe auch die Urlaubsfrage an dem Uebermaß der Forderungen zunächst Schiffbruch gelitten. Im „Vorwärts“ sei thatsächlich nicht alles mangelhaft; mit den Stereotypen habe die Zeitung Differenzen gehabt.

Damit schließt die Debatte.

Personlich bemerkt Stadtv. Stadthagen, daß er sich um die Frage, wie es im „Vorwärts“ siehe, nicht herumgedrückt habe, da er Herrn Goldschmidt nicht das Recht, danach zu fragen, und sich nicht das Recht, darauf zu antworten, vindicire. Herr Goldschmidt hat bloß dunkle Andeutungen gemacht, er komme doch deutlicher heraus, was er auch erkennen lassen mag, sonst ist ein solches Vorgehen verächtlich. (Lärm und Zwischenrufe; der Vorsitzer erhebt wiederholt, im Rahmen der persönlichen Bemerkung zu bleiben. Unter andauernden Zwischenrufen fährt Redner seine persönliche Bemerkung zu Ende.)

Stadtv. Goldschmidt: Mir würde eine solche persönliche Bemerkung nicht so durchgegangen sein. (Zustimmung.) Der Vorsitzer hat mich nicht geküßelt gegen den Vorwurf, der in „verächtlich“ liegt. Ich weiß den Vorwurf ebenso entschieden zurück, wie den, daß ich etwas „erdmüßelt“ hätte.

Die Angelegenheit geht mit den gestellten Anträgen an einen Ausschuß.

In der Erswahl für den aus der Reihe der unbesoldeten Stadträte geschiedenen Herrn Fischel wird Kommerzienrat Benzli mit 72 Stimmen gewählt; 1 Stimme entfällt auf den Stadtv. Dr. Freuh; 15 Zettel sind unbeschieden. Es läuft ein dringlicher Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, Maßregeln zu treffen, um die Unzuverlässigkeiten möglichst zu beseitigen, welche sich bei der diesmaligen Aufstellung der Wählerlisten ergeben haben.

Stadtv. Hugo Sachs widerspricht der Dringlichkeit; die Anregung muß also zur Zeit auf sich beruhen bleiben.

Zur Durchführung der durch das preussische Ausführungsgesetz zum Reichs-Fleischbeschauengesetz angeordneten Untersuchung rohen und zubereiteten Fleisches aus ankerpreussischen Bundesstaaten auf Tschechien hat der Magistrat Vorschriften entworfen und die Festsetzung der Gebühr auf 40 Pf. für jedes untersuchte Stück Fleisch vorgeschlagen.

Die Gehaltsfrage der Oberlehrer.

Die gemischte Deputation zur Schlichtung des Streits um die Ortszulage für die Oberlehrer hat beschloffen, den Gemeindevorständen die Erhöhung der Oberlehrergehälter nach dem staatlichen fünften Nachtrag zum Normaletat von 1892 mit der Maßgabe zu empfehlen, daß die Erhöhung schon vom 1. April 1902 ab gelten soll. Der Magistrat hat den Vorschlag acceptiert und erlaubt die Versammlung um ihre Zustimmung. Die Ortszulage wird hiernach also den Oberlehrern nicht gewährt werden; der Widerstand des Magistrats hat abgefiert.

Hierzu beantragt Stadtv. Freuh zu beschließen: Die Versammlung wolle wiederholt ihre Ueberzeugung dahin aus, daß das Interesse der städtischen Schulverwaltung eine Erhöhung der vom Magistrat gewährten Besoldungsätze erfordert, durch Einführung einer Ortszulage oder in anderer geeigneter Weise.

Stadtv. Hugo Sachs empfiehlt den Magistratsantrag und toll von der Fortsetzung des Dramas „Krieg im Frieden“ nichts wissen. Auch Stadtv. Jpliez (N. L.) tritt im Ablehnung der Resolution Freuh, für welche denn dieser eintritt, damit die Mehrheit ihren prinzipiellen Standpunkt wahrnehmen könne.

Stadtv. Borgmann (Soc.) wickelt sich gegen die Vorlage aus; die Nachzahlung für 1902 sei keine Kompensation. Die Art der Verleumdung des Streits entspreche nicht der Würde der Versammlung, denn der Magistrat habe diese einfach zur Unterwerfung gezwungen. Die Angelegenheit werde auch jetzt nicht zur Ruhe kommen; schon im nächsten Jahre werde die Ortszulage bewilligt werden müssen.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat hat bezüglich der Nachzahlung nachgegeben, ist also nicht klar; aus seinem Standpunkt stehen geblieben. Herr Borgmann ist ein schlechter Prophet, wenn er meint, schon im nächsten Jahre komme die Ortszulage.

Stadtv. Caffel hat sich inzwischen mit der Wendung der Dinge abgefunden und wird für die Vorlage stimmen. Personlich spricht er sich auch für die Resolution Freuh aus.

In der weiteren Verhandlung erklärt sich auch Stadtverordneter Dore (K. L.) für die Resolution Preuß.

Die Vorlage wird angenommen, ebenso die Resolution mit 48 gegen 32 Stimmen.

Enteignung fiskalischen Eigentums.

Das Eigentum des im Zuge der Behmstraße liegenden eisenbahnfiskalischen Weges wünscht der Magistrat durch Enteignung zu erwerben, da der vom Eisenbahnsiskus zu unterhaltende Weg sich in sehr schlechtem Zustande befindet und den Verhältnismäßig hohe Forderungen für die Ueberlassung dieses Wegelandes stellt.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. Schluß 8 1/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Neue Reichsanleihe. Die diesjährige dreiprozentige Reichsanleihe ist heute im Betrage von 290 Millionen Mark seitens der Reichsfinanzverwaltung an ein unter der Führung der Reichsbank stehendes Konsortium von Banken und Banquiers begeben worden, welchem außerdem angehören: die Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft, die Bank für Handel und Industrie, die Berliner Bank, die Berliner Handelsgesellschaft, S. Weichrodt, die Kammerz- und Diskontobank, Delbrück, Leo u. Co., die Deutsche Bank, die Deutsche Genossenschaftsbank von Sörgel, Parrissius u. Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, die Direktion der Diskontogesellschaft, die Dresdner Bank, F. W. Krause u. Co., Bankgeschäft, Mendelssohn u. Co., die Mitteldeutsche Kreditbank, die Nationalbank für Deutschland, der A. Schaaffhausensche Bankverein, Robert Warshawsky u. Co., sämtlich in Berlin, Sal. Oppenheim jr. u. Co. zu Köln, die Norddeutsche Bank zu Hamburg, Jakob S. H. Stern zu Frankfurt a. M., Lazar Speyer-Glissen zu Frankfurt a. M., die Rheinische Kreditbank zu Rannheim, die Bayerische Hypothek- und Wechselbank zu München, die königliche Hauptbank zu Nürnberg, die Oestbank für Handel und Gewerbe zu Poien, die Württembergische Vereinsbank zu Stuttgart.

Das Konsortium wird den übernommenen Betrag am 17. April dieses Jahres zur öffentlichen Zeichnung zum Preise von 92 für je 100 M. Kennwert ansetzen; die zugeteilten Stücke können vom 27. d. Mts. ganz, müssen aber an diesem Tage zur Hälfte und mit je einem Viertel am 11. und 25. Mai gegen Zahlung des Preises abgenommen werden.

Schwebebahn für Hamburg. Dem Senat und dem zur Beratung der Vorortbahn-Angelegenheit eingesetzten bürgerlichen Ausschuss der Hansestadt ist von der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen das Projekt einer Schwebebahn von 21,2 Kilometer Länge eingereicht worden. Die Anlagelosten sind, wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, auf 35 Millionen Mark veranschlagt. Die Fertigstellung des ganzen Weges würde ungefähr fünf Jahre in Anspruch nehmen. Nach einer Berechnung der projektierten Betriebsweise der Schwebebahn könnten etwa 40—50 Millionen Reisende im Jahre befördert werden. Bei Ausbau des ganzen Liniennetzes soll nach der Vorlage die Leistungsfähigkeit der Schwebebahn auf eine Beförderung von mehr als 200 Millionen Reisende im Jahre steigen. Zur Ausbringung der Kosten soll eine Aktien-Gesellschaft, die Hamburgische Schwebebahn-Gesellschaft, zum anderen Teil von den Hamburgischen Elektricitätswerken beschafft werden soll, gegründet werden. Der Kapitalbetrag von 25 Millionen Mark soll beschafft werden durch eine aufzunehmende Obligationsschuld.

Kommerzbank. Zur Verhandlung der gegen die früheren Direktoren der Kommerzbank Schulz und Komcil erhobenen Anklage ist nunmehr Termin auf den 27. d. Mts. und die folgenden Wochen angesetzt worden. Die Verhandlung dürfte noch umfangreicher werden, als die gegen Sanden und Genossen; sie wird unter Vorherrschaft des Landgerichtsdirektors Seidrich vor der 7. Strafkammer, und zwar im kleinen Schörrgerichthaus stattfinden. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Beck, die Verteidigung haben die Juristen Wundel, Dr. Seilo, Bronker und Rechtsanwält Dr. Werthauer übernommen.

Darmstädter Bank. Die heute in Darmstadt unter dem Vorsitz des Geheimrats Nischel abgehaltene Generalversammlung der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) setzte die Dividende, wie von Ausschussrat und Direktion vorgeschlagen, auf 6 Proz. fest. Die ausstehenden Mitgliedsbeiträge des Aufsichtsrates wurden einstimmig wiedergewährt und an Stelle des verstorbenen Herrn Kommerzienrats Wilhelm Praetorius Herr John von Berenberg-Göplier in Hamburg sowie außerdem Herr Kommerzienrat Biermann in Bremen neu gewählt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Feinstreper bei der Firma Stäbe u. Co. ist zu berichten, daß es der Firma leider gelungen ist, Streikbrecher zu gewinnen, welche namentlich die Arbeit der Ausständigen zum Teil verrichten. Die Streikbrecher erhalten einen Lohn von 21 M. pro Woche, wogegen die Ausständigen nur einen Minimallohn von 19,50 M. beanspruchen. Es ist der Firma aber nicht möglich, die Kundschaft regelrecht zu bedienen, trotzdem auf Touren, die bisher 1 resp. 2 alte Arbeiter besorgten, jetzt 4 bis 5 neue Leute beschäftigt werden. Von Seiten der Kundschaft wird es über bemerkt, daß lauter ungeübte Arbeiter beschäftigt werden, da dieselben einmal nicht in der Lage sind, die Arbeit ordnungsgemäß zu verrichten, das andre Mal dieselben unvorsichtigerweise den in diesem Beruf mehr als anderswo vorhandenen Unfallgefahren ausgesetzt werden. Um dem Drängen der Kundschaft zu entgegen, wird das Gerücht verbreitet, daß der Streik beendet und die Arbeit wieder aufgenommen ist. Das ist aber nicht der Fall, von den Ausständigen ist keiner in den Betrieb zurückgekehrt.

Ein Teil der Ausständigen ist abgereist, ein übriger bereits anderweitig untergebracht. Von Seiten der Organisation ist das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen; sollte es in absehbarer Zeit nicht zu einer Einigung mit der Firma kommen, so wird man auch die übrigen Arbeiter zur Abreise veranlassen bzw. anderweitig unterbringen.

Die Lohnbewegung der Landschaftsgärtner ist beendet. Am Donnerstag haben etwa 350 Streikende die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem am Tage vorher beide Parteien sich mit einem Betrage einverstanden erklärt hatten, der vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen worden ist. Die wesentlichsten Bestimmungen des Vertrages sind: Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Höchstfalle zehn Stunden. Der Mindestlohn beträgt von jetzt ab 50 Pf. für Gärtner. Die Arbeitgeber erklären, daß sie zur Zahlung dieses Stundenlohnes nur bereit sind, und zwar auf die in diesem Vertrage festzusetzende Zeitdauer, — wenn die Gehilfen die nicht im Verbands der Arbeitgeber befindlichen auszuschlagenden Firmen zum Beitritt zu diesem Tarifvertrage veranlassen. Sobald die Gärtnergehilfen von Privatleuten ohne Vermittelung eines Arbeitgebers beschäftigt werden, sind sie gehalten, pro Stunde 65 Pf. an Arbeitslohn zu fordern. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde entgolten, mit Ausnahme von Unterhaltungsarbeiten in Privatgärten und Gobelis. Die Arbeitgeber werden, soweit Arbeitskräfte im Arbeitsnachweis der Gehilfen vorhanden sind, in erster Linie ihre Arbeiter aus diesem Nachweise entnehmen. Zum Schutze der Gesundheit der Gehilfen sind auf allen Arbeitsstellen, wo Unterhaltungsstellen nicht zu finden sind, Vorrichtungen gegen Witterungseinflüsse und zur Möglichkeit des Kleiderwechsels zu treffen. Maßregelungen und Befehle der Arbeitgeber dürfen nicht stattfinden. Der Vertrag hat Gültigkeit bis

zum 1. April 1904 und ist drei Monate vor diesem Tage zu kündigen, andernfalls er mit gleicher Kündigungsfrist ein Jahr weiter läuft. Er gilt für Berlin und die Vororte.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik in der Hilschuh-Fabrik von Jakobowski, Reichenbergerstr. 121, dauert noch unverändert fort. Verhandlungen, welche am Dienstag eingeleitet wurden, sind abermals gescheitert. Ueber die Lohnforderungen selbst wurde zwar eine Einigung erzielt, jedoch nicht über die Wiedereinstellung der Arbeiter. Zunächst wünschte Herr Jakobowski, daß diejenigen der Ausständigen, welche wieder anfangen wollten, bei ihm erst anfragen sollten. Dieses lehnten die Ausständigen selbstverständlich ab. Der Fabrikant trat dann auch von diesem Ansuchen zurück, will jedoch einige von den Arbeitern nicht wieder einstellen, weil angeblich die Stellen derselben durch Arbeitswillige besetzt sind. Die Ausständigen wollen jedoch nur geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen oder verzichten überhaupt auf die Arbeit bei Herrn Jakobowski.

Der Streik dauert also unverändert fort und ist der Zuzug nach wie vor streng ferngehalten.

Achtung! Sattler aller Branchen. Die bei der Firma Edmund Weiser, Alexanderstr. 92, Fabrik für wasserdichte Pläne und Zelte, beschäftigten Sattler haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Der Inhaber der Firma weigert sich, den für die Branche vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts festgesetzten Lohnsatz anzuerkennen. Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattler-Verbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die am Sonntag vorgenommenen Delegiertenwahlen zur IV. ordentlichen Generalversammlung ergaben folgendes Resultat. Stimmen wurden insgesamt 5502 abgegeben, davon waren 308 Stimmen ungültig. Gewählt sind die Kollegen Wehring, Cohn, Diessner, Dräger, Fricus, Fiedler, Handke, Henning, Lubatsch, Pawlowitsch, Stoppach, und die Kolleginnen Paul, Petrus und Kadeit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Zur Aussperrung in der Holzbearbeitungsbranche. Mit Bezug auf den in der gestrigen Nummer an dieser Stelle gebrachten Bericht über eine Versammlung des Verbandes der Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter schreibt uns Herr Obermeister Mahardt:

Es ist unklar, daß ich meine Frage-Arbeit durch einen Betrieb geliefert erhalte, der zwar „ausgesperrt“ habe, aber seine Arbeiter in einem andern Betriebe für Mahardt arbeiten lasse. Wahr dagegen ist vielmehr, daß sofort, nachdem unsere Organisation den Beschluß gefaßt hat, in den von der Lohnbewegung betroffenen Fabriken den Betrieb einzustellen, mein Präler, Herr Köhn, Reichenbergerstr. 157, weber selbst, noch durch einen andern Präler auch nur die geringste Maschinenarbeit für mich beverstelligt hat, ich für meinen Betrieb von diesem Momente an überhaupt nicht die geringste Maschinenarbeit herstellen ließ und demzufolge auch alsbald die Hälfte meiner Tischlergehilfen zu entlassen mich genötigt sah.

Metallarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Göde, Chausseest. 32, sind nach eingehenden Verhandlungen mit ihren Arbeitern zur Zufriedenheit beider Teile erledigt.

Hundert Arbeiterinnen im Streit.

In dem Betriebe der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (Aderstraße) waren am vergangenen Sonntagabend bekanntlich 72 Arbeiterinnen in den Ausstand getreten, weil ihr Verdienst durch fortwährende Lohnreduktionen derartig heruntergebrückt war, daß sie davon einfach nicht mehr existieren können. Am Dienstag hatten die Streikenden nun in einer Versammlung an das Solidaritätsgefühl ihrer noch arbeitenden Kolleginnen appelliert, keine Streikarbeit zu verrichten. Dieser Appell zeigte einen überraschenden Erfolg, denn als die Meister die betreffenden Arbeiterinnen in den andern Sälen vertreiben wollten, verweigerten ca. 200 Arbeiterinnen die Ausführung. Hierauf entließ die Direktion eine weitere Anzahl, in der Annahme, daß die Ausständigen, durch dieses Vorgehen eingeschüchtern, die Arbeit wieder aufnehmen würden. Da aber die Arbeiterinnen absolut nichts zu verlieren haben, so kehrte auch keine von ihnen zur Arbeit zurück, so daß gegenwärtig etwa 400 im Streit stehen. Von der Direktion wurde nunmehr eine Verhandlung mit der Streikkommission gewünscht. Nach mehrstündiger Besprechung machte man den Arbeiterinnen auch einige zugehörige Zugeständnisse, die jedoch von den Streikenden in der gestrigen Versammlung als zu minimal einstimmig abgelehnt wurden. Sie erklärten, handhalten zu wollen, bis ihre nur zu berechtigten Forderungen bewilligt sind.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Hirschhorn.

Es bestätigt sich, daß die Fabrikanten-Vereinigung die Schuld an dem Scheitern der letzten Einigungsversuche trägt. Hauptächlich ist es der von den Arbeitern geforderte paritätische Arbeitsnachweis, von dessen Einführung die Unternehmer nichts wissen wollen. Die Kündigung ist in allen Betrieben, die dem Unternehmer-Verband angehören, erfolgt. Die Aussperrung würde demnach, wenn nicht noch vorher eine Beilegung des Konflikts erfolgt, gerade zu Ostern ihren Anfang nehmen. Da die Arbeiter den Fabrikanten so weit wie möglich entgegengekommen sind, um eine Einigung zu stande zu bringen, so ist die Erbitterung der Arbeiter begreiflicherweise sehr groß. Die Aussperrung würde die weitesten Kreise der Bevölkerung von Hirschhorn in Mitleidenschaft ziehen.

Amtsgeheimnis und Koalitionsrecht in Posen. Anfang Januar hatten wir mitgeteilt, daß Genosse Stuchke als Bauvorsteher des Holzarbeiter-Verbandes an den Minister des Innern eine Beschwerde gerichtet hat, worin er sich darüber beklagt, daß die Polizeiverwaltung von Kolmar in Posen einem dortigen Unternehmer die Mitgliederliste der in Kolmar gegründeten Zählstelle des Holzarbeiter-Verbandes übermitteln habe. Dies wurde daraus geschlossen, daß jener Unternehmer, mit der Mitgliederliste, die er nur von der Polizei erhalten haben konnte, in der Hand, sämtlichen Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes kundig machte, daß sie nicht aus dem Verbands austreten. Mit Recht erlitt Stuchke in der Uebergabe der Mitgliederliste an eine Privatperson seitens der Polizei einen Bruch der Amtsverschwiegenheit und eine Verletzung der Handlungsweise des Unternehmers, die sich als schwere Verletzung des Koalitionsrechts darstellt. — Lange hat es gedauert, bis diese Beschwerde auf dem Instanzenwege ihre Erledigung fand. Jetzt kürzlich, also nach drei Monaten, beschied der Landrat von Kolmar, dem die Beschwerde vom Minister zur Entscheidung überwiesen ist, den Beschwerdeführer dahin, daß für den Bürgermeister kein Grund zur Amtsverschwiegenheit vorlag, da die Zählstelle in einer öffentlichen Versammlung gegründet worden ist und der Gegenstand der Versammlung somit kein Geheimnis bildet!

In der That, ein Urteil, das man fast ein salomonisches nennen könnte, wenn es nicht — in Posen gefaßt wäre. An dem Kernpunkt der Beschwerde geht der Entscheid vorbei. Nicht in der Mitteilung, daß eine Zählstelle gegründet, sondern darin, daß die Mitgliederliste, die amtlich zur Kenntnis der Polizei kam, einem Unternehmer zugänglich gemacht worden ist, wird die Verletzung des Amtsgeheimnisses erlitten. Darüber sagt aber der Landrat kein Wort. — Stuchke hat sich jetzt beim Regierungspräsidenten beschwert und es wird abzuwarten sein, welche Antwort von dieser Stelle erteilt wird.

Die Lohnbewegung der Feinstreper in Hamburg hat einen guten Erfolg gehabt. Die meisten Firmen haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, so daß von den 120—130 in Hamburg beschäftigten Feinstrepern 100 zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Die Lohnbewegung der Hamburger Tapezierer nimmt einen günstigen Verlauf. 820 Gehilfen arbeiten unter den geforderten Bedingungen, während sich noch 215 im Streit befinden.

Die Kaiser und Kaiserlicher in Koblenz haben neuerdings die Forderung gestellt, Ausgedienten 3,50 M. und Gehilfen über 20 Jahre 3,80 M. Tageslohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zu gewähren. Die Meister verhalten sich ablehnend.

In Kassel streiken die Bau-Hilfsarbeiter!

Streikbewegung in Ungarn. In Szatmar haben sämtliche Maurer die Arbeit niedergelegt. In Großwardein sind 300 Näherinnen, welche den Keimstundentag und Sonntagstage fordern, in den Ausstand getreten. Von der allgemeinen Lohnbewegung in Preßburg ist mitzuteilen, daß die Forderungen der Steinmeyer bewilligt sind.

Der Streik der Pariser Möbelträger hat mit einem vollständigen Siege der Arbeiter geendet.

Sociales.

Das Gesetz betreffend die Kinderarbeit in gewerblichen Fabriken ist gestern abend im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Die kaiserliche Unterfertigung ist datiert vom 30. März 1903. — Der „Vorwärts“ hat seinen Lesern den endgültigen Wortlaut des Gesetzes schon in der Nr. 72 vom 26. März mitgeteilt.

Der Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen in Wühlhausen in Thüringen.

Die Orts-Krankenkasse I zu Wühlhausen hat in ihrer außerordentlichen Generalversammlung bezüglich der Kassenarztfrage folgendes beschlossen:

Die Generalversammlung kann sich mit Rücksicht auf die schwierigen Kassenverhältnisse nicht mit einer Honorarverbesserung der Kassenärzte einverstanden erklären, sondern sie beauftragt den Vorstand, dafür zu sorgen, daß feste Kassenärzte, darunter mindestens ein Naturarzt angestellt werde.

Auf diesen Beschluß dürften die Ärzte vermutlich mit dem angeordneten Ausstand antworten. — Auch die Generalversammlungen der Allg. Gefellen-Krankenkasse, der Orts-Krankenkasse der Tischlergehilfen und der Schuhmacher haben sich dem Beschluß der Orts-Krankenkasse I angeschlossen und die Erhöhung des Arztgehors, sowie die Beibehaltung der freien Arztwahl abgelehnt. Die Zimmergehilfen-Krankenkasse hat dagegen die Forderung der Ärzte bewilligt.

Arbeiterklub in den Vereinigten Staaten.

Kürzlich hat der oberste Gerichtshof in Providence (R. I.) eine wichtige Entscheidung gefällt. Das in Rhode Island bestehende Zehnstunden-Gesetz für Straßenbahner war als unkonstitutionell angefochten worden; doch entschied der genannte Gerichtshof in letzter Instanz, daß es Zweck der Gesetzgebung sei, die öffentliche Sicherheit zu sichern. Würde aber den Straßenbahner eine längere als täglich zehnstündige Arbeitszeit gestattet, so würde dies eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Gefolge haben. Das Zehnstunden-Gesetz bleibt in Kraft. — Wieder ein erfreulicher Fortschritt des Arbeitsschutzes in den Vereinigten Staaten.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag von Frau Wally Jepler über „Realismus in der Dichtung“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Lage in Holland.

Haag, 2. April. In der zweiten Kammer fand heute die Erörterung der Strafbestimmungen der Gefegentwürfe statt, welche sich auf die Ausstände der Eisenbahnangehörigen beziehen. Mees (liberal) spricht sich für die Entwürfe aus, da die Strafen gemildert seien. Der Schatz der Transportmittel sei eine Notwendigkeit für den Handel, auch den internationalen. Troelstra (Soc.) bekämpft die Entwürfe als einen Anschlag auf die Organisation der Arbeiter, welche weder Anarchisten noch Revolutionäre seien, sondern für ihre Erfolge und ihre Interessen kämpften. Er billige keineswegs alle Ausschreitungen, welche der jüngste Ausstand gezeigt habe. Die angebotenen Strafen seien aber nicht gerechtfertigt; sie zielten darauf ab, das Kapital gegenüber der Arbeit zu unterstützen und die Arbeiter eines Rechts zu berauben, welches sie moralisch stärke. Die Entwürfe bedeuteten mit einem Wort die Reaktion. Heemskerk (Konservativ) erklärt, die vorgeschlagenen Maßnahmen seien durch die Ereignisse der letzten Zeit, welche eine nationale Gefahr gebildet hätten, gerechtfertigt.

Amsterdam, 2. April. Der Ausstand der Bootsführer dauert fort. Die Vereinigung der Fuhrleute beschloß, die Beförderung von Waren, welche sonst von den Bootsführern befördert werden, abzulehnen.

Unterhause.

London, 2. April. (W. T. B.) Lough (lib.) fragt, ob die österreichische Regierung sich für ein System ähnlich dem in Rußland bestehenden entschieden habe, nach dem die Juckerfabrikation eingeschränkt werde, ob Deutschland es abgelehnt habe, dieses System bei sich einzuführen, ob es der Ansicht sei, daß dieses System einer Prämienzahlung gleich komme und ob es daraufhin österreichischen Jucker mit einem Vergeltungszoll belege, und schließlich, welcher Schriftwechsel mit der österreichischen Regierung in dieser Frage gewirkt sei. Unterstaatssekretär Camborne erwidert, in Oesterreich sei ein Gesetz angenommen worden, durch welches die Juckermenge festgesetzt werde, die für den heimischen Markt produziert werden dürfe. Wie verlautet, habe der Staatssekretär des deutschen Reichs, Schagomast, Herr v. Thielmann erklärt, daß die verbündeten Regierungen bislang keinerlei Grund hätten, für Deutschland eine derartige Maßnahme vorzuschlagen, welche die Schaffung eines Monopols für die bestehenden Juckerfabriken bedeuten würde, und daß die Entscheidung über die Frage, ob jenes Gesetz der Zahlung einer Prämie gleich zu achten sei oder nicht, der ständigen Kommission in Brüssel zuzuführen. Mit der österreichischen Regierung sei von Seiten Englands in der Frage kein Schriftwechsel ausgetauscht worden.

Wien, 2. April. (W. T. B.) Gente nachmittags wurde hier eine aus vier Personen bestehende Ruffschmiedgarde verhaftet.

Paris, 2. April. (W. T. B.) Die Präfecten sind angewiesen worden, den in Betracht kommenden Kongregationen zu eröffnen, daß ihre Genehmigungsgesuche von der Deputiertenkammer abgelehnt worden sind.

Paris, 2. April. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Das Haus nimmt den Gefegentwurf an, durch welchen den Gemeinden der Bau von Schulhäusern auferlegt wird. Hierdurch soll die Laicisierung beschleunigt werden. Ministerpräsident Combes erklärt im Laufe der Beratung, das Gesetz sei notwendig, um gewisse Gemeinden zu zwingen, das Gesetz, betreffend die Laicisierung anzuwenden.

Aden, 2. April. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die fliegende Kolonne des Majors Sharpe hatte im südlichen Teile der Landschaft Damot des Somallandes am 20. vorigen Monats den ersten bedeutenderen Zusammenstoß seit dem Beginn der jetzt im Zuge befindlichen Operationen im Somallande. Das Kamelcorps trat auf eine feindliche Schar, welche einen hartnäckigen Widerstand leistete; sie verlor 27 Tote und 400 Kamele. Die Engländer hatten keine Verluste. Bei Fortsetzung der Operationen wurden 40 Feinde getötet und 1000 Kamele und 2500 Schafe erbeutet.

Das Wahlfeld der Socialdemokratie.

Wir geben in tabellarischen Uebersichten ein Bild der Position, welche sich die Socialdemokratie bei den Wahlen von 1898, beziehentlich bei den seitdem stattgefundenen Nachwahlen, im ganzen Reich errungen hat. Diese Uebersichten zeigen zugleich aufs eindringlichste die Aufgaben, die unsere Partei bei der bevorstehenden Wahl gestellt sind.

- Wir bringen folgende Tabellen:
1. Die im ersten Wahlgang eroberten Wahlkreise.
2. Die in der Stichwahl eroberten Wahlkreise.
3. Die verloren gegangenen Wahlkreise.
4. Die in gegnerischer Besitz befindlichen Wahlkreise, in denen wir im Stichwahlkampf standen:
a) mit Centrum oder Konservativen u.;
b) mit Liberalen.
5. Wahlkreise, in denen wir nahe daran waren, in die Stichwahl zu gelangen und dann die Möglichkeit gehabt hätten, zu siegen:
a) Kreise, in denen eine der feindsinnigen Parteien in die Stichwahl gelangte und mit socialdemokratischer Hilfe siegte.
b) Kreise, in denen wir bei etwas größerer Stimmenzahl im ersten Wahlgange in ausreißender Stichwahl mit Konservativen oder Nationalliberalen gekommen wären.
Tabelle I und II verzeichnen also die jetzt in socialdemokratischem Besitze befindlichen 58 Kreise, Tabelle III die 16 verloren gegangenen Kreise, in Summa 74 Kreise. Die Erhaltung jener 58, die Wiedererobderung dieser 16 Kreise ist die erste Aufgabe des jetzigen Wahlkampfes.

ganzen Kreise, in Summa 74 Kreise. Die Erhaltung jener 58, die Wiedererobderung dieser 16 Kreise ist die erste Aufgabe des jetzigen Wahlkampfes.

Tabelle IV wird in a und b 53 und 11 Kreise vorführen, zusammen 64, in denen wir — außer in den in II und III bezeichneten Kreisen — 1898, bezw. bei Nachwahlen, in Stichwahl standen, unter denen sich eine große Anzahl für uns ausschlaggebender Kreise befindet.

Tabelle V wird in a und b je 10 Kreise, zusammen 20 Kreise verzeichnen, in denen wir 1898 noch nicht in Stichwahl standen, aber bei der bevorstehenden Wahl die Aufgabe haben, in die Stichwahl zu kommen, um dann möglicherweise zu siegen.

Die Gesamtzahl der zu verzeichnenden Kreise beträgt also 158 Wahlkreise, in denen Aussichten auf Sieg bestehen, in denen daher der Wahlkampf aufs eifrigste zu betreiben ist. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch noch andre Kreise durch eine besonders günstige politische Entwicklung bereits zu weit gebrochen sind, daß dieselben unsere Parteigenossen bereits gute Aussichten hegen dürfen.

In allen denjenigen Kreisen aber, in denen ein socialdemokratischer Sieg vorläufig ausgeschlossen erscheint, ist deshalb nicht mit minderm Eifer zu wirken. Die Socialdemokratie will bei den Wahlen nicht in erster Linie Mandate gewinnen, sondern zielbare Menschen erziehen und über ihre Zahl Herrschaft halten.

I. Die 34 socialdemokratischen Wahlkreise, welche 1898, beziehungsweise in Nachwahl, im ersten Wahlgange gewonnen sind.

Table with columns: Wahlkreis, Der Abgeordnete ist gewählt mit Prozent Stimmen, Es haben 1898, bez. in der Nachwahl, Stimmen erhalten: (Soz., Freif. Vg., Freif. Sp., Centr., Konf., Natl., Natl.-Semit, Reichsp., Verschied. Parteien), Name des Abgeordneten.

1) Infolge von Liebichs Tod mußte die Nachwahl stattfinden. 2) Infolge von Schoenlanks Tod mußte die Nachwahl stattfinden. 3) Die Wahl des Abg. Kretling (freif. Sp.) wurde nie ungültig erklärt. 4) Durch den Tod des Abg. Rehe (natl.) mußte die Nachwahl stattfinden. 5) Die Wahl des Genossen Schaefer wurde von der Wahlprüfungs-Kommission wegen ungenügender Befragung eines Wahlmanns für ungültig erklärt.

Die Reihenfolge der Wahlkreise ist in obiger Tabelle angeordnet nach dem Prozentsatz der socialdemokratischen Stimmen zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen.

Der der Anzahl der abgegebenen Stimmen findet sich der Prozentsatz der socialdemokratischen Stimmen zu der Zahl der Wahlberechtigten.

Von diesen Kreisen sind nur zwei, Stuttgart und Döbeln, vor 1898 noch niemals socialdemokratisch vertreten gewesen; Lübeck war schon 1890-93 socialdemokratisch vertreten, Danau 1881-84; die übrigen 30 Kreise waren schon seit mehreren Wahlperioden, mindestens seit 1893 in socialdemokratischem Besitze.

Beherzigendwert ist die Thatsache, daß von diesen Wahlkreisen eine größere Zahl 1898 schlechter für die Socialdemokratie gewählt haben als bei früheren Wahlen. In Glauchau, Schneeburg-Stollberg, Neuh. a. L., Auerbach, Gotha, Rünchen II, Sonneberg ist die Zahl unserer Wähler seit 1903 zurückgegangen. Das muß bei der nächsten Wahl ausgemerzt und in den andern und gehörenden Kreisen unbedingt vermieden werden!

In den Kreisen Königsberg, Hannover, Eberfeld, Magdeburg, Frankfurt a. M., Berlin II ist andererseits der Rückgang nur ein scheinbarer, weil in diesen Kreisen sich die höhere Ziffer für 1898 auf die damals stattgefundenen Stichwahlen bezieht.

Weiter zeigt sich, daß nur in zwei Kreisen, Altona und Leipzig-Land, über 50 Proz. der Wahlberechtigten ihre Stimme für die Socialdemokratie abgegeben haben. In noch mehr, in 25 dieser Kreise ist der Prozentsatz der socialdemokratischen Stimmen zu der Zahl der Wahlberechtigten zurückgegangen.

In Berlin VI stiegten wir 1898 mit 67,5 Proz. der abgegebenen Stimmen, 1900 mit 90,3 Proz.; aber die Prozentzahl der Wahlberechtigten, die auf uns fiel, sank von 42,4 im Jahre 1898 auf 41,3 im Jahre 1900 und auf 37,8 im Jahre 1900. Das erklärt sich wohl aus den besonderen Verhältnissen gerade der sächsischen Wahlkreise und bei Nachwahlen. Immerhin aber ist auch in den sichersten Kreisen gegen solche Rückschlüsse Vorkehrung zu treffen!

(Fortsetzung folgt.)

einer Vorlage — was sie jetzt so umständlich in Ungarn betreiben — oder der Verhinderung der Verhandlung überhaupt, dem sogenannten Blockieren der Tagesordnung. Mit dem Reden geht es nun in Oesterreich nicht; im Verlaufe der vielen Obstruktionenkämpfe ist Kaddaner im Reden eigentlich nie gebraucht worden, und auch die so berüchtigt gewordene zwölfstündige Rede des Dr. Lecher war nur ein Bravourstück, das sich der Redner mehr zum eignen Ruhme als aus tatsächlicher Notwendigkeit geleistet hatte. Neben sind ein brauchbares Hilfsmittel nur da, wo es keinen Schluß der Debatte giebt, aber diese absolute Redefreiheit hat sich ja eigentlich nirgendwo erhalten. Mit den übrigen Hilfsmitteln soll aber nach den Ausschuhträgen tüchtig angeräumt werden. Die Berlekung von Interpellationen — bei der tüchtigsten Produktion in Oesterreich, durchschnittlich im Tage dreihig Stück, keine geringe Zeitfrage — soll nur erfolgen, wenn sie von 50 Abgeordneten verlangt wird, wogegen sie jetzt obligatorisch war. Die namentlichen Abstimmungen sollen für alle formalen, nach Belieben zu verwehrenden Fragen ganz ausgeschlossen werden, ebenso die wirklich komischen „Ueberlegungsarbeiten“ — das vor jeder Abstimmung über Verlangen von 20 Abgeordneten mit der Abstimmung 10 Minuten hinzuzufügen ist — und den berühmten Dringlichkeitsanträgen sollen die Sitzsäule ausgebrochen werden. Jetzt ist es so, daß auf Verlangen von 20 Abgeordneten ein Antrag „sofort“, also vor Eintritt in die Tagesordnung, zur Verhandlung zu kommen hat. Wohl heißt es, daß sich die Debatte auf die Frage der Dringlichkeit zu beschränken habe, da aber diese mit dem „Meritum“ der Sache so zusammenhängt, daß sie von ihr nicht zu trennen ist, und da ferner diese Dringlichkeitsanträge ins Ungemessene vermehrt werden können, so haben es thalischlich Jwanzig heute in der Hand, den Zugang zur Tagesordnung überhaupt zu sperren. Nun soll es so eingerichtet werden, daß erstens die Verhandlung dieser Anträge auch auf den Inhalt der Sitzung verlegt wird und daß eine Debatte überhaupt nicht stattfindet; anher dem Antragsteller, der den Antrag begründet, soll niemand das Wort erhalten. Da nur die Frage der Dringlichkeit von einer Zweidrittel-Mehrheit abhängig ist, so würden sich die Dringlichkeitsanträge auf Monologe reduzieren und damit so ziemlich um jede Bedeutung kommen.

Das Wunderliche dieses österreichischen Parlaments besteht nun darin, daß es der Obstruktion, oder richtiger der Gelegenheit zur Obstruktion nicht entbehren kann. Bei einem so zerstückelten und so korumpierten Parlament, ohne feste Majorität und Minorität, wo alle Parteien Minoritäten sind, aber auch alle die Majorität bilden können, in einem Hause, das des Gefühls der Billigkeit völlig entbehrt und so alles zur nationalen Gewaltthat wird; in einem Parlament, das eben jedes Vergleiches spottet und also nach den allgemeinen Regeln des parlamentarischen Lebens gar nicht beurteilt werden kann; in dem Parlament mit 24 Parteien ist die Obstruktion einfach eine regulierende Kraft, ohne welche die parlamentarische Maschinerie erst recht in Unordnung geraten würde. Was ist die Obstruktion? Doch nur Notwehr — die Notwehr der Minorität gegen Vergevaltungen der Mehrheit. Diese Vergevaltungen können sehr mannigfaltige sein: Vergevaltungen von Volkswahlen durch ein schlechtes Gesetz (soz. Heinzl, Volkstanz); Vergevaltungen durch Unbilligkeit der parlamentarischen Geschäftsführung (Obstruktion der Sozialisten in Italien unter Pelloni); ja selbst Vergevaltungen, die die Verwaltung verübt (Sachverständigenverordnungen) — immer ist die Obstruktion ein Akt der Notwehr, als solche ergriffen und als solche wirksam. Nun ist das österreichische Parlament eben so gerüstet, daß es diese Notwehr aller Parteien, den kleinen wie den großen, nötig macht; daß sich die Möglichkeit dieser Abwehr als die Kraft ergibt, die in dem so protestierend gerüsteten Parlament das Gleichgewicht herstellt. Diese Erkenntnis ist es, die die Abneigung gegen jene Vorschläge erzeugt hat — trotzdem jedermann zugiebt, daß die Obstruktion es ist, die das schon ohnehin so lockere Gefüge des österreichischen Parlaments entwirrt hat. Aber da jeder fühlt, daß er in die Lage kommen kann — bald und oft — sich gegen Vergevaltungen wehren zu müssen, wird keine Partei, obwohl keine zögert, ihren Abstoß vor der bevorstehenden Obstruktion zu beteuern, auf ihr einziges Kampfmittel verzichten wollen. Am wenigsten die radikalen Parteien, und was die Socialdemokraten betrifft, so sind sie schon jetzt sehr eiskalt, sich einer Verleumdung des für sie in Betracht kommenden Obstruktionsmittels, der Dringlichkeitsanträge — die aber auch außerhalb der Obstruktion eine sehr nützliche und erprobte parlamentarische Einrichtung sind und die tüchtige Funktion zu erfüllen haben, eine dringende Sache rasch zur Debatte stellen zu können — mit allen Mitteln, also auch mit dem Mittel der Obstruktion, entgegenstellen. Wie die Stimmung aber ist, so besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß das Werk des Ausschusses im Hause sobald zur Verhandlung gelangt.

Die Krankheit des österreichischen Parlaments ist übrigens nicht seine Geschäftsordnung, sondern sein Präsident. Die Erwählung des Herrn Grafen Vetter von der Liste zum Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses ist wirklich ein Unikum. Er dankt die Wahl nämlich weder der Stärke seiner Fraktion — er gehört der sogenannten Mittelpartei des mährischen Großgrundbesitzes an, ein Mittelglied zwischen liberal und konservativ, die im Hause nicht drei Mitglieder zählt, also die kleinste Fraktion ist; er dankt sie auch nicht der Ueberzeugung von seiner Fähigkeiten, denn als er gewählt wurde, und zwar einstimmig, hatte ihn buchstäblich niemand gekannt; und er dankt sie auch nicht seiner Tüchtigkeit, denn er ist zwar ein braver und gutmütiger Mensch, aber seine präsidentalen Eigenschaften sind unter Null, er ist auf dem Präsidentenstuhle die verlorpente Hilfslosigkeit. Der „Vetter vom Land“, wie ihn ein wichtiger Mensch benannt hat, ist gewählt worden, weil er bereit war, sich wählen zu lassen; es war nämlich im ganzen Hause kein zweites Mitglied anzutreiben, das bereit gewesen wäre, sich wählen zu lassen und das zu wählen das Haus geneigt gewesen war. Und nun führt Graf Vetter die Geschäfte weiter so, wie er sich wählen lieh: als Gefälligkeits... Nun begreift man aber, daß diesem so verpöbelten Hause nichts so not thäte wie ein Präsident mit Autorität, mit Ansehen — kein schneidiger Vorgesetzter etwa, aber ein Mann von Ernst, Würde, Schlagsfertigkeit und Courage. Aber der Graf Vetter hat wirklich nur Gümmlichkeit. Ein beträchtlicher Teil der ewigen parlamentarischen Ungezogenheiten würde verschwinden, wenn auf dem Präsidentenstuhle nur ein Mann säße — einer, der die mächtigen Abgeordneten zu behandeln, wie sie es verdienen; wie manterlose Säulstüben. Aber der Graf Vetter ist eben so gutmütig, daß er jede Kritik entwarfert und in Wien dem so braven Menschen und so schlechten Präsidenten niemand ein böses Wort sagen mag. Damit aber fürder niemand den guten Präsidenten zum Scherze wählen könne, hat der Geschäftsordnung-Ausschuh beschlossen, daß nun jeder, wer den Präsidenten etwas fragen will, die Frage vorher schriftlich und mit genauer Bezeichnung des Gegenstandes einzureichen habe. Die böse Welt will nämlich wissen, daß Graf Vetter, bevor er Antwort giebt, erst fragen muß, und so soll es verborgen werden, daß der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses ein armer Hampelmann ist, der sich bewegt, wie ihn andre ziehen. Graf Vetter ist das Surrogat eines wirklichen Präsidenten — so wie das Privilegienparlament eben das Surrogat einer wirklichen Volksvertretung ist.

Geschäftsordnungs-Reformen.

— Wien, Ende März. (Eig. Ber.) Nachdem die Obstruktion aus dem österreichischen Abgeordnetenhause abgezogen ist, soll sie nun auch aus der Geschäftsordnung gestrichelt werden. Obwohl eigentlich mit dem Aufhören der obstruktionellen Kämpfe der Anlaß entfallen ist, hat das Abgeordnetenhause dennoch einen Ausschuh eingesetzt, der

Vorschläge zur Reform der Geschäftsordnung ausarbeiten soll. Der Ausschuh ist dieser Tage mit seinen Arbeiten fertig geworden, und seine Anträge würden die mit so viel Obstruktionemöglichkeiten behaftete Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses wirklich gründlich reinigen — wenn sie nämlich Parlamentsgesetz würden, wofür aber recht wenig Hoffnung vorhanden ist. Die Obstruktion besteht überall aus zwei Mitteln; einerseits den langen und vielen Reden, dem Fortreden

Eingegangene Druckschriften.

Vollschristen zur Umwälzung der Geister. Heft 15: Die Heiligen Knochen und der Staatsdienst. Von Rianonius. — Heft 17: Die Heiligen und deren Geheimnisse. (Monita sacerdotum.) Vom Reliquienpater Beutler. — Heft 18: Unre Schule und unser Bildungswesen. Von Dr. P. A. Rühl. — Heft 19: Das jüngste Gericht. Von Eugen Volkstorf. — Preis eines jeden Heftes 20 H. Druck und Verlag der Handelsbruderverl., Bamberg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 3. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus, Louisa.
Schauspielhaus. Die Schloßherrin.
Deutsches. Donna Anna.
Berliner. Die Schloßherrin.
Lettung. Der blinde Passagier.
Neues. Pelleas und Melisande.
Reichens. Lutti (Loute).
Westen. Don Juan.
Central. Gräfin Papi.
Thalia. Der Posaunenengel.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Der ledige Hof.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)
Der Probekandidat.
Belle-Alliance. Blü und Vokal.
Carl Weich. Der liebe Gebot.
Hanted. Der Leibalte.
Zuffen. Lumpenfabrikanten.
Reines. Nachspiel.
Trionon. Die Notbrücke.
Casino. Elterlos. Spezialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Apollo. Der Gesindeball.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Vossage-Panoptikum. Spezialitäten.
Walf. Meine Reil. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Photographie in natürlichen Farben
(durch Wald und Flur).
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Castans Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Cleo Otéro. Sand-, Rauch-
u. Lumpen-Malerin.
Einsig in ihrer Art!
„Pythia“ die hellsehende
Wunderdame.
„Anthropos“, der künstl.
Mensch als Porträtmaler!
Reise-Theater; Berliner
Bilderbogen; Cake-Walk.
Hauskapelle Kranl.

Central-Theater
Täglich Gastspiel
der Wiener Operetten-Gesellschaft.
Abends 7 1/2 Uhr:

Gräfin Papi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, den 5. April, nachmittags
3 Uhr: Die Schöne von New York.
Abends 7 1/2 Uhr: **Gräfin Papi.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.
Der Posaunen-Engel.
Aufführungspose mit Gesang u. Tanz.
Gr. Tanzparaden. Artisten-Revue.
Thielscher als Spreewälder-Amme.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Rabale
und Liebe.**

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:

Lutti (Loute).
Schauspiel in 4 Akten von Pierre Beder.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr:

Der Unterpräfekt.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter. Straße 132.
Anfang 8 Uhr.

Der Liebe Gebot.
Schauspiel in 5 Akten.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Kindervor-
stellung: Die sieben Raben. Sonntag
nachmittags 3 Uhr: Die Räuber.

Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Freitag, Anfang 7 1/2 Uhr:
Zum erstenmal:

Pelleas und Melisande.
Dramatische Dichtung in 5 Akten
von Maeterlinck.

Trionon-Theater.
Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröbe
und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die
Liebesschaukel.

Buntes Theater.
Der Leibalte.
In Vorbereitung:
Das Stärkere.

Belle-Alliance-Theater.
Abends 8 Uhr:

„Pick und Pocket“.
Schauspiel mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Die Schläger des 2. Aktes: Am
Sonntag: Entleidungs-scene. Der
Dummkopf: Parodistisches Lustspiel.
Cats-Cats Donna Juana: Cafe-Wall.
Vossage-Targett.

Steidl-Theater
Linien-
straße 132.
Dramen-
burger Thor.
Letzte Woche
die
Steidl-Sänger
Zum Schluss!
Wasserratten
Entrée 50 Pf. Speislich 1.00.
Loge 1.50.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Photographie in natürlichen Farben
(durch Wald und Flur).
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Das Land Tirol.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Castans Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Cleo Otéro. Sand-, Rauch-
u. Lumpen-Malerin.
Einsig in ihrer Art!
„Pythia“ die hellsehende
Wunderdame.
„Anthropos“, der künstl.
Mensch als Porträtmaler!
Reise-Theater; Berliner
Bilderbogen; Cake-Walk.
Hauskapelle Kranl.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5.
Abendvorstellung 8 Uhr.
Das sensation. April-Programm:
Giga Wohlbrück
in ihrem Repertoire.
Cake-Walk.
Albert Böhmert, Humorist
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den dritten Monat
den Kopf über **AGA!**
14 neue erstklassige Nummern.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Beethoven-Palast.
Sensations-Erfolg!
8 1/2 Uhr:
Meine Reil.
Im Spezialitäten-Teil
(Anerkannt, einzig in f. Art):
Mlle. Fata-Fatme.
Danse Serpentine et lumineuse.
Francisco, das mediz. Wunder.
Astra et Séro, eccentriche Spiele.
Ernst Sprecher, Humorist.
Volmar-Truppe.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.

Casino-Theater
Lehringergasse 37.
Glänzender Erfolg des neuen Progr.
Der urkom. Marcell, Les trois Bergs.
Neu! Elterlos. Neu!
Dir. Berg - Hilli Reil als Cake
walk-Tänzer. - 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2
„Arischen u. Pieschen“ etc.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.
300 Mitwirkende.
Im 3. Bild: Zum erstenmal:
Eine Sitzung bei Anna Rothe.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

WINTERGARTEN
Vollständig
neues Programm:
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
She, die 4 Elemente.
Renée Debauga, Kaleidoscop-Tänz.
Heishi Tokio, Japanertruppe.
Charlotte Kara, Creolische Sängerin.
Bachus Jacoby, Humorist.
Les Provençales, Französisches
Gesangs-Quartett.
Mlle. Nette. Par. Strassensäng.
La Belle Toledo. Span. Tänz.
Harry Houdini. Fessel-
Künstler.
Das Fest d. Lucullus. Ballett.
Der „Biograph“.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7.
Wochentags 8 Uhr.
„Blumen-Grössen“
v. Ggl.: Anna Pohl,
das Blumen-Medium.

Steidl-Theater
Linien-
straße 132.
Dramen-
burger Thor.
Letzte Woche
die
Steidl-Sänger
Zum Schluss!
Wasserratten
Entrée 50 Pf. Speislich 1.00.
Loge 1.50.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der ledige Hof.
Schauspiel in 4 Akten v. L. Angengrubler.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Miana von Barnhelm.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Schauspiel in 4 Akten v. M. Dreher.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Apollo-Theater.
Zum **Gesindeball.** Gesangs-
2. M. u. Burleske.
Neue Spezialitäten-Debuts.
The Madcaps, Novellios, Donatellis,
Cake Walk, Killany's lebende Bilder.
Plastische Darstellungen d. Meister-
werke der Berliner Professoren
Begas, Schaper etc.
Josefina Vettori, Kosmograph.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Die Bluthochzeit.
Sonntag: Letzte Extra-Vorstellung.
Sonntag: Schluss der Winter-
saison.

Cirkus Schumann
Freitag, den 3. April 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Das neue Programm.
Die Enthüllung des geheimnis-
vollen Koffers durch Clown Adolf.
Um 9 1/2 Uhr Um 9 1/2 Uhr
Miss Alix
die grosse Sensation mit ihrem
Motor Car
Looping the Hoop.
Die lustigen Heidelberger.
Sonntag in beid. Vorstellungen:
Looping the Hoop.

Santa Lucia
KRAFT-ROTHWEIN
P. FL. 150-2-00.
Bestes Ostergeschenk.
Der liehen gewesene, duhert
billig, hübsch, Bäckerspind etc.
H. Piehl, N. 37, Schwedterstr. 10. [8272]

Möbel auch Teilzahlung,
H. Piehl, N. 37, Schwedterstr. 10. [8272]

Unsinn ist Viel Geld

für Hüte auszugeben, man
erhält auch zu billigen
Preisen gute Sachen, wenn
man die richtige Bezugs-
quelle kennt. [6782]

Knabenhüte 0,75-3 Pf.
Herrenhüte
weich 1,75-5,25 Pf.
steif 2,00-5,25 Pf.
Cylinderhüte
4,00-12,00 Pf.
Chapeau claque
7,00-12,00 Pf.
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert,
Eut.-Engros-Geschäft,
Waldemarstr. 44. pt.
Kein Laden.

Freitag — Sonnabend — Sonntag
Vorzugs-Preise. [10972]

Nur M. 3,75
folgt dieser ganz
vorzüglich laut
spielende, singende
und sprechende
Phonograph.
Auf allen besten
Apparaten und
Künstler-Walzen ge-
wöhnt an diesen
Anschnitte-Tagen
10 bis 20 Proz.
extra Rabatt.
Elektrische Taschen-
lampen 95 Pf.

Das Geschäft bleibt Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.
Jacob Katz, Berlin, Alexander-Platz,
gegenüber dem Bahnhof.

Bernhard Rose-Theater
Bodstraße 58.
Sonntag, den 5. April 1903:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sanssouci.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Neu einstudiert:
Die
Lieder d. Musikanten.
Vollständig mit Ges. in 5 Akten
von Rudolf Ansel.
Lehrrecht Winter, ein Musikant: Adolf
Schumann. — Anf. Sonntag 7 Uhr.
Montag u. Donnerstag 8 Uhr.
I. Osterfest: Die Lieder des Musikanten.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**
Im Bon Ende April ab wird
das berühmte Orchester d. Signor
Vincenzo Ferrara dirigieren.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten - Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
April-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Königstadt-Kasino.
Solgmarstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Das grossartige April-Programm.
Der zweite Cousin.
Franz Sobanski.
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Charlottenburger Volkshaus
Rosinenstr. 3.
Sonnabend, den 4. April, abends 9 Uhr:
Grosses frühlings-fest
der Lichterfelder Krankenkasse.
Auftreten des weltberühmten Humoristen Adolff. Gratisverlosung.
Für die Kinder grosse Ueberraschungen.
Hochinteressant!
Hypnotische Sitzung mit Experimenten.
Medien sind anwesend. Gäste werden auf Wunsch in hypnotischen
Schlaf versetzt, wie **Anna Rothe.**
Nachdem: **Grosser Ball.** Billets: Herren 40, Damen 25 Pf.
Kinder frei. Anfang 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Der Ueberschuss wird
zur Hälfte dem Volkshause übergeben. 28/35

Nur richtig vergorenes
also fertig zum Selbstfüllen
täglich noch
ff. Märzweizbier, sowie Weiß-, Berderich
und **Weizenbier**
a Liter 10 Pf. frei Haus liefert
Brauerei A. Lehmann, Berlin SO. 26,
Oranienstr. 4.
(Die süßen Biere sind mit besten Raffinadezucker nachgefüllt.)

Weltberühmt
sind meine beliebten echten
Seehundleder - Portemonnaies
mit praktischem Doppel-Schlussbügel
Modell 1903. G. M. S. 49 432.

Für Herren pro Stück } 3,-
Damen } 3,-

Albert Rosenhain,
Berlin SW, Leipzigerstrasse
73/74.

SPECIALITÄT:
Solide bürgerl. Einrichtungen
von 250-3500 Mark.
Bar oder 9102*
Teilzahlung
Kein
Kaufzwang.

Möbel

Keine Ladenmiete
Geringe Unkosten
Kleiner Nutzen
Grosser Umsatz

Reelle Ware
Niedrige Preise
Coul Bedingungen

Wilh. Misch
Berlin NO.,
Gr. Frankfurterstr. 45-46, I.
Illustr. Katalog gratis u. franco.

Charlottenburg.
M. Schmerberg (10772*)
Wilmerdorfer Straße 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Grosses Lager von **Ehren**
und **Goldwaren** zu
ausserst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ehrwürdiger
werden schmerzlos getohten.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Nirdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unter Kollege 80/16
Oskar Grabow
am 31. März verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 3. d. M., nachm. 4 Uhr,
vor der Leichenhalle des neuen
Nirrdorfer Kirchhofes, Mariendorfer
Bog. statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung
bittet
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein
„Berlin“.
Sonntag 1 Uhr:
Halleches Thor nach Potsdam,
Victoria-Garten. Gäste willkommen.

Arheit.-Radl.-Verein
„Vorwärts“.
Sonntag, 5. April,
7 Uhr:
Waldstraße 8 nach Stahnsdorf.
Sonntag, 12. April, 1 1/2 Uhr:
Waldstr. 8 nach Seehof b. Zeltow.
Versammlung jeden Mittwoch nach
dem 1. u. 15. Waldstraße 8. Gäste
willkommen. Mittwoch, 8. April:
Generalversammlung. 11/9

Steppdecken
Gelegenheitskäufe!
Wollatlas, alle 4,85, 6,00
Similseide, alle 5,25, 6,00
Special-
Haus **Emil Lefevre,**
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit
gereinigten neuen Federn bei
Kaufmann Kullig, Berlin S., Prinzen-
straße 48. Preisliste kostenfrei. Viele
Anerkennungsschreiben.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.
Fernspr.: Amt VII Nr. 1939. 156/3

Branchen-Versammlungen.

Geschirre-Branchen: Montag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, Englischer Hof, Neue Köstr. 3.
Crebriemen-Branchen: Dienstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, Englischer Garten, Alexanderstr. 27e.
Casche- u. Koffer-Branchen: Mittwoch, 8. April, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Militär-Branchen: Donnerstag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Finolenleger u. Teppichnäher: Montag, 6. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.
Wagen-Branchen: Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Augustin, Lindenstr. 69.
Eisenmöbel-Branchen: Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Achtung! Sektion Charlottenburg. Achtung!

Dienstag, den 7. April 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Vortrag des Kollegen Albert Semle-Berlin
bei Ed. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.
Auf diese Versammlung werden die Kollegen besonders aufmerksam gemacht.

In sämtlichen Versammlungen steht die Neuwahl des Branchen-Vorstandes auf der Tagesordnung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Koffer-Branchen. Achtung!

Sonntag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Branchen-Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:

1. Die Lohnbewegung der Koffermacher und die Arbeitsniederlegung bei der Firma Lange & Merker. 2. Verschiedenes.
Die Branchenleitung.

Sonntag, den 12. April (1. Osterfeiertag): „**Quintett-Abend**“ im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Mitwirkende: Herr Alexander Altmann, Mitglied der Königl. Kapelle, Violine; Herr Konrad Meißner, Mitglied der Königl. Kapelle, Violine; Herr Heinrich Schmidt, 1. Stola; Herr Fritz Haffelbach, 2. Stola; Herr Paul Krumm, Solocellist; Herr Margarete Stappes, Vortrag moderner Lieder; Herr Emil Wollste, Recitation.
Vor und während der Vorträge ist das Haus nicht gestattet.
Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Programm und Liedertexte am Eingang gratis.
Um rege Beteiligung ersucht
Das Vergnügungs-Komitee.
156/14 S. A.: S. T. u. J. G. e., Grünauerstr. 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 4. April 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Nordens
bei Dieke, Adlerstraße 123.

Sonntag, den 4. April 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute Moabits
bei Fischer, Waldstraße 8. 114/15
Zahlreiches Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Fischler-Verein zu Berlin (G. S. 89).

Sonntag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Vortrag des Herrn Köhler; Erledigung eines Unterstützungsantrages; Aufnahme neuer Mitglieder; Vereinsangelegenheiten. 198/8
Am 1. Osterfeiertag (Sonntag, den 12. April) abends 6 Uhr, in Herrn M. Klems' grossem Saal, Sauerstraße Nr. 13-15:
Soiree der Norddeutschen Sänger
zum Besten des Unterstützungsvereins.
Billets a 30 Pf. sind in der Versammlung und bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. Abendkasse findet nicht statt; Mitglieder und Freunde des Vereins werden gebeten, sich vorher mit Billets zu versehen. — Nach der Soiree: Grosser Ball!
Der Vorstand.

Verein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 5. April 1903, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Waldes Wausche über die wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. 2. Kasienbericht, Bericht der Revisionen. 3. Abrechnung vom Vergütungsausschuss. 4. Vereinsangelegenheiten. 33/4
Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder.
Beiträge werden nur von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr angenommen.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Achtung! Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend. Achtung!

Seit dem 1. April er. treten folgende Bestimmungen des Lohnsatzes in Kraft:
Der Mindestlohn für Rohrleger beträgt 55 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn für Helfer beträgt 40 Pf. pro Stunde. Die Zuschläge für Helfer beträgt 3,00 M. [114/13]
Sollten in irgend einem Betriebe diese Bestimmungen des Lohnsatzes nicht innegehalten werden, ist dieses unverzüglich im Bureau Engel-Ufer 15 zu melden.
Die Ortsverwaltung.

Maler und Anstreicher!

Seit dem 1. April ab für Berlin und die anliegenden Vororte sowie den Innungsbezirk Groß-Lichterfelde
der Minimallohn 55 Pf. pro Stunde.
Für Gehilfen in den ersten zwei Jahren nach der Lehrzeit und für Anstreicher pro Stunde 5 Pf. weniger.
Um den Lohn einheitlich durchzuführen, sind alle Arbeiten, wo niedrigere Lohnsätze gezahlt, sowie andre Positionen des Lohnsatzes nicht gehalten werden, unverzüglich an unser
Bureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 36, Telefon Amt 7a 6672
zu melden, damit das Nötige veranlaßt werden kann.
Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

An alle Maurer Berlins und der Vororte!

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unseres Gewerbes ist von neuem durch Vertrag zwischen dem Arbeitgeber-Verbande und dem Centralverbande der Maurer vollzogen. Der Stundenlohn beträgt vom 1. April 1903 ab 67 1/2 Pfennige und vom 1. April 1904 ab 70 Pfennige.

Wir bitten nun alle Kollegen, ihre Arbeitgeber resp. deren Stellvertreter auf die einzuführende Lohn-erhöhung aufmerksam zu machen, damit bei der Lohnzahlung am Sonnabend keine Kollisionen entstehen. Des weiteren verpflichten wir hiermit alle Mitglieder des Maurerverbandes, der unterzeichneten Kommission am Sonnabendabend sofortige persönliche Mitteilung zu machen, falls die Lohnerhöhung nicht Platz gegriffen hat.

Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Achtezener-Kommission.

Im Auftrage: Karl Panser.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Zeit dem 1. d. M. haben die Berliner Bauklemmer im Streit. Die Berliner Klemmermeister glauben nicht nachgeben zu brauchen, in der Meinung, daß sich genügend Streikbrecher finden werden.

Wir haben zur Kontrolle grüne Legitimationen ausgeben. Jeder Klemmer, der zu neuen Bedingungen arbeitet, muß im Besitz einer solchen Karte sein.
Wir ersuchen die gesamten Bauarbeiter und zu unterstützen und jeden Klemmer auf den Bauten nach der Karte zu fragen.
Hoch die Solidarität!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Ortsverwaltung Berlin).

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fällt aus Anlaß der Tagung der Provinzialkonferenz am 5. April aus. Sie findet also nicht am 5. April statt, sondern die Zeit wird später im „Arbeiter“ und „Vorwärts“ bekannt gegeben. — Dieses den Mitgliedern zur näheren Kenntnisnahme.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 3. April 1903, abends 8 Uhr, bei Zöls, Köpcke-Str. 137:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Schreibweise der „Holzarbeiter Zeitung“. Sind unsere Mitglieder Querköpfe oder Berräter? 2. Bericht über die erste Einigungsbehandlung unter Leitung des Parteivorstandes. 3. Verschiedenes. Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung, denn man hat Euch auch gemeinte beleidigt! [186/4] Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.



Wegen Geschäftsausschließung stellen wir unser riesiges
Uhren-Engros-Lager (gegr. 1888) auch dem Privatpublikum zu enorm billigen Preisen zum reellen Ausverkauf u. verkaufen zu jedem nur annehmbaren Preise.
Regulatore, 14 Tg. Schlagw. (1 1/2 Rth. lang), jezt v. 20. 10. Moderne Feinschmiedung v. 20. 13. Herrenuhr v. 20. 4.75, silberne v. 20. 7.50, goldene von 20. 10. Damenuhren, silberne v. 20. 7.50, goldene von 20. 14 an. Spezialität: Handuhren Große Auswahl i. Comptoir, Röhren, Studiuuhren etc.
Selten günstige Gelegenheiten.
Hillmer & John, Berlin,
Leipzigerstr. 66, Hof geraden.

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr:
Versammlungen.

Ortsgruppe Berlin
in Wends Klubhaus, Königsgraben 14a.

Ortsgruppe Rixdorf
bei Prell, Rosen-Strasse 24.

Tages-Ordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. — 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

35/7



Dieser feste, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M. Cylinderhüte und Chapeau claires in großer Auswahl.

Special-Hut-Engros-Lager.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Köstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexander-Platz.
Größte Auswahl, ansehnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter 1,50 M., mit Atlasfutter 2.- M., hochfeine Qualität 2,50 M., extra feine 3.-, beste Qualität 4,50 M.
Konfirmantenhüte neueste Moden. 10862*

Achtung! „Wilhelmshof“. Achtung!

Hirschgarten.
Empfehle den werten Vereinen Karfreitag, den 10. d. Mts., zu Herrenpartien am
Wurst-Essen
muss ich hiermit freundlich einladen.
Wilhelm Keller, Gastwirt, Hirschgarten-Köpenick. 10002

Hanke's Brotbäckereien

liefern das größte, im Geschmack vorzüglichste

Roggenbrot.

Dieselben befinden sich in folgenden Stadtteilen Berlins:

- | | | | | | | |
|--|--|---|---|--|---|---|
| Norden:
Adlerstr. 55.
Dolffstr. 9.
Anhalterstr. 23.
Chausseest. 87.
Chorinerstr. 55.
Goldbergerstr. 1.
Dallendorferstr. 19.
anderstr. 77.
Auerstr. 34.
Sennstr. 51. | Südosten:
Hagenauerstr. 1.
Anhalterstr. 157.
Vorauerstr. 36.
Müllerstr. 166a.
Prinzen-Allee 89.
Krausenstr. 1.
Reinickendorferstr. 11a.
Reinickendorferstr. 20.
Alte Schönhauserstr. 39/40.
Schlickestr. 30.
Schönhauser Allee 83. | Nordosten:
Sollnowstr. 8/9.
Greifswalderstr. 12.
Linienstr. 3a.
Osten:
Andreasstr. 16.
Schulstr. 25.
Stargarderstr. 2.
Zwinenländerstr. 74.
Wattstr. 15.
Weinbergsweg 7.
Nordwesten:
Gollnowstr. 8/9.
Greifswalderstr. 12.
Linienstr. 3a.
Osten:
Andreasstr. 16. | Südwesten:
Eberthstr. 56.
Frankfurter Allee 59.
Gubenstr. 39.
Grüner Weg 63.
Königsbergerstr. 8.
Krausenstr. 4/5.
Rigaerstr. 4.
Schillingstr. 19.
Straßmannstr. 2.
Nordwesten:
Vandelerstr. 38. | Südwesten:
Beusselstr. 17.
Lüderstr. 20.
Stephanstr. 55.
Turmstr. 67.
Wilsnaderstr. 1.
Wilsnaderstr. 33.
Südwesten:
Alexandrinenstr. 116.
Friedrichstr. 242.
Steinmeyerstr. 27.
Johannstr. 45. | Süden:
Tresdenstr. 106.
Kottbuser Damm 1.
Prinzenstr. 32.
Mitterstr. 2b.
Stallschreiberstr. 32a.
Südosten:
Admiralstr. 10.
Eisenbahnstr. 8.
Faldenkehrstr. 8.
Faldenkehrstr. 45. | Südosten:
Röpnickerstr. 23.
Lübenerstr. 10.
Wanteuffelstr. 90.
Crausenstr. 186.
Reichenbergerstr. 25.
Reichenbergerstr. 62.
Reichenbergerstr. 150.
Wrangeferstr. 91.
Schöneberg:
Kolonnenstr. 3. |
|--|--|---|---|--|---|---|

NATROGAT

feinsten Kaffeebohnen-Schmelze in Portionstafeln, unter ständiger Kontrolle des berühmten Kaffeebohnen-Chemikers Herrn Dr. C. Bischoff, Berlin, hergestellt, sollte von allen Hausfrauen, Café-, Hotel- und Restaurantbesitzern bei der Bereitung des Kaffeegetränkes verwandt werden.

Dieses vollendetste Kaffeezubereitungsmitel gewährt bedeutende Vorteile, wie: wesentliche Ersparnis, guten Wohlgeschmack, angenehmes Aussehen, vorzügliche Beldunmlichkeit, hohen Nährwert, bequeme und einfache Handhabung.

Kartons a 25 und 50 Pf. in fast allen Kaffee- und Kolonialwaren-Handlungen sowie einschlägigen Geschäften zu haben. Generalvertreter für Berlin: Robert Küpper, Berlin-Schöneberg, Belzigerstrasse 10. Fernsprecher IX, 7577. 8362

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung)
Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/55.

Extra-Preise

Freitag und Sonnabend
soweit der Vorrat reicht:

Gardinen

- Tüll-Gardinen Fenster 4. 5.75, 7 Mk.
- Tüll-Gardinen Mr. 40, 60, 72 Pf.
- Tüll-Stores Stück 2.70, 3.60, 5.40
- Lacet-Stores „ 7.25, 9.25, 12.50
- Kongressstoffe glatt u. gestr. Mtr. 50, 62, 80 Pf.
- Tüll-Scheibengardine 30, 40, 52 Pf.

Ein grosser Posten: Farbige Vorhangstoffe Damast-Transparent

- ca. 80 cm breit, Mtr. 42 Pf.
- ca. 1 Mtr. breit, Mtr. 50 Pf.
- ca. 1,30 Mtr. breit, Mtr. 63 Pf.

Portièren

- Portièren m. Jacquard-Bordüre 2.45, 3.15, 4.75
- Filztuch-Garnitur 2 Chäl., 1 Lambrequin, Kurbelstück 15 Mk.
- Tuch-Garnitur 2 Chäles, 1 Lambrequin, mit Kurbelstickerei 20.50
- Leinenplüsch- „ „ 11.25 16 Mk. 19.50
- Fan-tasie-Tischdecken 3 Mk. 4.25 6.75
- Tischdecken aus Filztuch mit Kurbelstickerei 6.75 8 Mk.
- Tischdecken Mohairplüsch Kurbelstück 12.50 16.25
- Tischdecken Mohairplüsch mit Borden 9.25 11 Mk. 13.75
- Divanddecken 8.50 11.25 15 Mk.
- Steppdecken Woll-satin 6.50 8.50 11.50

Am nächsten Sonntag (Vor Ostern) bleiben unsere Geschäftshäuser, wie an allen Sonntagen, geschlossen.

Teppiche

- Smyrna-Teppiche 6.25 9.25 14.50 imitiert
- Axminster- „ 8.50 14.25 21 Mk.
- Tapestry- „ 10.75 18 Mk. 29 Mk.
- Velour- „ 14.25 24 Mk. 34.50
- Smyrna-Vorleger 90 Pf. 1.40 1.70 imitiert
- Axminster- „ 1.60 2.40 3.20
- Tapestry- „ 2.50 u. 3.40 Mk.
- Velour- „ 3.30 u. 3.80 Mk.
- Jute-Läufer Mtr. 45, 60, 90 Pf.
- Tapestry-Läufer Mtr. 1.75 u. 2.15
- Velour-Läufer Mtr. 3.10 3.75 5 Mk.
- Cocos-Läufer Mtr. 80 Pf. 1.10 1.55
- Linoleum-Läufer 80 Pf. u. 1.05

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Franzfurterstr. 9, parterre. 187*

Spezialfabrik für Knaben-Vardecobe, Berlin NW., Turmstr. 85, zeigt den Eingang der neuen Frühjahrs-Moden an. Verkauf in Dutzenden und im Einzelnen zu streng festen, billigen Preisen. Ein Posten vorzüglicher Anzüge steht zu Tagespreisen zum Ausverkauf. Verkauf des Sparvereins Nordweil. 1544*

Hochbornsche Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herrührend 18-38, Beinkleider 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Turm. 1904*

Krawattenstoffe große Auswahl, Ballmertheaterstr. 20. 1586*

Teppiche! (Eckherde) in allen Größen für die Halle des Hauses an Teppichlager Brunn, Gadelcher Markt 4, Bahndorf Seite. 110/3*

Spezialbillig Teppiche, Betten, Gardinen, Stores, Vorläufer, Kissen, Steppdecken, Böden, Sommerpaletots, Anzüge, Hermenten, Regulator, Uhren, Silber, Möbel, Spiegel, Bilder, Leihhaus Reanderstr. 6, Teilzahlungen gestattet. 108/10*

Wirtschaft verkauft sofort, auch einzeln, darunter Taschenlocher 38.00, geschlossener Säulentrumeau 35.00, Bancellofa 45.00, Aufschlüssel 10.00, Bettstellen, Sessel, Tisch, Stühle, Bilder, Teppich für jeden Preis, fast alles neu. Gartenstraße 85, 1. links. (Kann eventuell bis Ende April sein). 113*

Möbel! Ein Posten neuer Möbel steht billig zu verkaufen (Scheibenspiegel, Bettsofa etc.) Reichenbergerstr. 37 im Erdgeschoss. 3036*

Vorjährige elegante Herren-Moden- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen, 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, 11.

Steppdecken billigst Fabrik Große Franzfurterstr. 9, parterre. 187*

Stühle, 4 Stück von 10 Mark an, für jede Station. Gute Arbeit, Katalog franco. Ulrich, Harde, Mulda, Sachsen. 1645

Stuhlgeschichten, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1.00, geschraute 12.00, Ständerstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60, und Große Franzfurterstr. 43. 196*

Möbelangebot. Am Auktions-Möbelpfeiler, Wöhrstr. 25, Hochbahn-Haltestelle Wöhrstr. 25, sollen verschiedene gediegene Kuchbaum-möbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochpreisige Salongarnituren, Bancellofa, Kuchbaumplano, Büchertische, Anleischstühle, Kuchbaum-buffets, Schreibische 36.00, funktionierende Ruhbetten mit prachtvoller Diamantde 22.50, hochpreisiger Säulentrumeau 30.00, praktische Salon-teppiche, schon 18.00, Nummerteppiche 8.00, reichgefilzte Übergardinen, Spachtelstoffs, Kissen, Gardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Plüschbetten 5.00, verschiedene Gelegenheiten preisbillig. Möbel, Auktionator. 1534*

Möbelverkauf, stammend billig, kolossale Auswahl, Kammerling, Reichenbergerstr. 58. 401*

Bettstellen, Kommode, Schlafsofa, Ausziehtisch, Schneidertische 44, Postl. 209*

Teppiche mit Farbenfleckenfabrik-niederlage Große Franzfurterstr. 9, parterre. 187*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Anwalderstr. 148, Stallher-str. 40. 1601*

Fahrrad verkauft Reumann, Schöneberg, Tempelhoferstr. 10, 3-7 Uhr nachmittags. 1125*

Nähmaschinen! Zahl bis zehn Mark, wer auf Teilzahlung Näh-maschinen kauft oder nachweilt; alle Systeme; Marke erbeten. Borchert, Schreinerstr. 60, Ecke Samariter-str. 3056*

Vandebau! Neue und gebrauchte Kanthölzer, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Tere, billig Kottbuserdamm 22. 2833*

Malschneider, Maßbinder, für Malermeister, Bestreuer, Schmälle, Gewichtsmaßnahme, bessere Gesicht-sätze, überaus billig, 14 Mark 3 Mark, 1/2 Loms 3.50 geklopft. Nicht Falchensahl, Qualität ein-schleibt. Porter-Kellerer Ringler, Bernauerstr. 119. 9312*

Sorori-Parzellen, nur 600 Mark, keine Anzahlung, verkauft Gellert, Birke, am Bahndorf Friedersdorf. 1145*

Gastgeberhand! Einlochgastlöcher 1.00, Stollengastlöcher 3.00, Dreilochgastlöcher, Gasbratfen 7.00, Gas-bügelapparate, Gasplättchen, Gas-laternen preisbillig! Wöhrstr., Wöhr-str. 25. 4195*

Kanarienvögel, Vorzüglicher, Seilherzchen billig Reanderstr. 7.

Seitwindel - Drehstuhl verkauft Schmidt, Prinzen-Allee 89, Schät-zung Sonntags 12-3. 1101*

Gute Kuchbaumstühle verkauft billig, Reich, Putzmannstr. 20. 423*

Sofa verkauft 3 Zimmer Möbel, darunter Plüschsofa 45.00, Büchertisch, Schreibtisch, Verkleidetes, Friedländerstr. 131a, IV links. 58/6

Knabenaugen aus Neilen, bis 15 Jahre, enorm billig, Grüner Weg 70, II. 173*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle, (eltene Gelegenheits), Hübn, Hühnerstr. 13. 109/2*

Elegante Strickjacke billig verkauft, Säulentrumeau, Bancellofa, auch einzeln, Bergstr. 2, I. 109/3

Kostümstücke 6.50 Mark, direkt beim Schneider, Salomonstr., Große Franzfurterstr. 53. 421*

Drehstuhl, 27 Mark, Schürer, Wöhrstr. 25. 417*

Altes Grünbaum-Geschäft, Koffe, verkauft Reanderstr. 20. 411*

Vapageien aller Arten eingetroffen, 20-100 Mark, hager Kanarienvogel, Vogelhaus - Restaurant, Komman-dantenstr. 52. 168/20

Dringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnow-str. 26, nahe der Landberger-str. 1594*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark, Wöhrer-Wilson 8 Mark, Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landbergerstr. 1594*

Patentbureau Danmann, Oranienstr. 57, Korikplatz, bis abends neun. 3895*

Augusta-Bad, Stöpenstr. 60. Jeder der Art für sämtliche Kranken-fallen. 1584K*

Kunsthoferei von Frau Kolditz, Steinwegstr. 48, Duergebäude hoch-parterre.

Bücherankauf, Bücherschneide, Danil, Vöhringerstr. 59. 15906*

Revision! Wer sich über diese nachfolgende Grausamkeit unter Zeit-unterrichten will, verlange die Flug-blätter des Bundes gegen Bio-zeffion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tiergärtnerverein, Königgrüherstr. 108. Um gütigen Rückdruck wird gebeten. 1615*

Vereinsszimmer bis 60 Personen, vergiebt kurz, Reanderstr. 46. *

Vereinsszimmer, Pianino, Fern-sprecher, Kamenstr. 16, Klubhaus.

Die am 20. Februar gegen Ge-nossen August Belsch ausgesprochene beleidigende Äußerung nehme hier-mit zurück. Karl Belsch. 176

Kanarienvögel, Weibchen, ver-kauft Brandt, Holzmarktstr. 61.

Rechtsbureau, Brozschelstand, Eingabengeld, Steuerberatung, Materstellung, Zoll, Brunnstr. 422*

Neben Sonntag vollständige Küche Reanderstr. 20, zum gemät-ligen Essen. 4145*

Volks sänder-Versicherungsdarleh-nen, Woche (son von 10 Pfennig an, nimmt stets, auch Sonntags ent-gegen. Adressen- und Sprachstunde-angabe erbetet. Reich, postlagernd Postamt 17. 418*

Vereine finden (sehr großes Ver-einsszimmer (Bühne) mehrere Tage noch frei Anwalderstr. 118. 4135*

Vereinsszimmer zu vergeben, Potsdamer Stangenbier, Franke, Jöndorferstr. 8. 145*

Vereinsszimmer, Tier, Alle Katol-ikerstr. 119. 1607A*

Wohnungen.

Soldinerstr. 76. Im neu er-bauten Hause, an der Prinzen-Allee, Mittelwohnungen, 3 Zimmer, Balkon, teils mit Bad, billig zu vermieten, sofort oder später zu beziehen. Näheres beim Verwalter. 1976*

Königs-Weiterhausen, Anwal-derstr. 2. Eine Wohnung: Zwei Stuben, Küche, Wasserleitung, Klosett, sofort; eine Stube, Küche, Wasser-leitung, Klosett, 1. Juli zu vermieten. Dieje. 16056*

Zimmer.

Leeres Zimmer zu vermieten, Hochstr. 12, vorn I links. 1112

Schlafstellen.

Schlafstelle Sudoverstr. 7, Hof IV, Stercke. 109/4

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volks sänger-Gesellschaft Levan-dowstr., Reanderstr. 28. 195*

Bücher Käufer empfiehlt sich den Besitzern der kleinen Reststücke als Gelehrter und Klavierstimmer; auch besitet derselbe Köchertische, Bestellungen bitte zu melden bei Bärensprung, Dresdenstr. 23.

Stellenangebote.

Steinmetzen auf Marmor ver-langei Weihen, Büchelstr. 13.

Wichtigen Schriftstauer verlangt (Lage) Lohmann, Prinzen-Allee 42/43.

Waldgerhilfen (55) verlangt, Steinhilfenstr. 54a. 100/1

Schiffbauer verlangt Kallisch, Rixdorf, Hermannstr. 265. 4109

Granit - Schriftstauer verlangt H. Habel, Schöndauer Allee 167a. 4156

50 Kleinmachrauen sucht Rein-igung-Anstalt Schreibmeister. 40/41.

Velmachinen - Köchertische und Lehr-mädchen zur Kücherei bei sofortiger Vergütung verlangt Stolz, Putz-berstr. 48, 4 Treppen. 1101

Frau zum Klammern verlangt Gellert, Reanderstr. 137.

Wojamentier - Handarbeiterin im Hause verlangt David Kiele, Ober-walderstr. 10. 3896

Lehrmädchen, jezt Schulklasse mit guten Schulzeugnissen zur Auf-feder - Fabrikation sucht Freyhof, Kommandantenstr. 14. 3896

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Zelterwasser - Abzieher wird ver-langei Rixdorf, Rixdorfstr. 109. 3975*

Achtung! Holzarbeiter.
Der Zugang ist streng fern zu halten von der Möbelfabrik H. Lade, Gneisenaustr. 45, Bau-schloßerei Raabe, Wöhrstr. 31, 50/11* Die Ortsverwaltung.

Achtung, Feinreiner!
Die Differenzen bei der Firma Stahr & Co. dauern fort. Die Firma verläßt durch angelegte Arbeiter den Betrieb weiter zu führen sowie Streikbrecher heranzuziehen. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Achtung, Korbmacher!
Der Zugang ist streng fern zu halten von d. Korbmöbel-Fabrik (Mississippi), Büchelstr. 29. 80/13

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 2. April 1903, 12 Uhr.

Im Ministerium: Bude.
Präsident führt zu Tisch mit, daß man im Abgeordnetenhaus mit dem noch vorliegenden Material bis zum 28. April fertig zu werden hoffe.

Darüber wird die Etatsberatung fortgesetzt beim Etat der Eisenbahn-Verwaltung.

Minister Bude: Man stellt an die Eisenbahn-Verwaltung auf allen Gebieten erhöhte Anforderungen und verlangt andererseits Tarifiermäßigungen. Alle Kongresse, Sängerkreise usw. verlangen billigere Tarife.

Der Etat zeigt am Ende des Etatsjahres einen etwas besseren Stand als bisher angenommen werden konnte. Es ist im Gepäck- und Personenverkehr eine Steigerung gegen das Vorjahr zu verzeichnen.

Beim Etat der Justizverwaltung wünscht Fürst zu Inn- und Anspachhausen eine Ermäßigung des Fideikommiss-Stempels und erwidert sich nach dem Stande der Revision der Fideikommissgesetzgebung.

Justizminister Schönstedt: In gemeinsamer Arbeit des Justiz- und des Landwirtschafts-Ministeriums ist der Entwurf eines neuen Fideikommissgesetzes ausgearbeitet. Der Entwurf enthält 250 Paragraphen.

Graf v. Bieten-Schwerin spricht seine Enttäuschung darüber aus, daß der Entwurf sich nur auf den Großgrundbesitz und nicht auch auf den Kleinbäuerlichen Besitz beziehe.

Justizminister Schönstedt: Mit dem Fideikommiss-Gesetz wird auch die Stempel- und Kostenfrage in einer Novelle zum Stempelsteuer-Gesetz gleichzeitig ihre Erledigung finden.

v. Below-Saleske hält es nach wie vor für bedenklich, in alte Fideikommiss-Gesetze die Jahrhunderte lang bestehenden, „in der energigsten modernen Weise“ einzugreifen.

Beim Etat des Ministeriums des Innern wirft Generalberichterstatter Graf v. Königsmark der Regierung vor, daß sie wenig zureichend sei gegenüber finanziell überlasteten kleinen städtischen und ländlichen Gemeinden.

Minister Fehr, v. Hammerstein: Die Regierung ist im Gegenteil bestrebt, gerade den kleinen Städten aufzuhelfen. Dazu gehört aber eine gewisse finanzielle Belastung für hygienische Zwecke, Kanalisation usw.

Professor Löning-Halle hält eine Revision der Kommunalsteuer-Gesetzgebung namentlich für die kleinen Städte für dringend notwendig. Die Reichsgesetzgebung muß den Städten für die Erhebung indirekter Steuern einen breiteren Raum gewähren.

Minister des Innern Fehr, v. Hammerstein erklärt, daß er in Bezug auf die indirekten Steuern derselben Ansicht sei wie der Vorredner. Aber eine Aussicht dafür, daß mehr indirekte Kommunalabgaben eingeführt werden, ist nicht vorhanden.

Professor Dr. Hillebrandt-Breslau klagt über den Niedergang der humanistischen Bildung. Die Professoren aller Fakultäten machten die Erfahrung, daß die Unterrichtsbesuche des heutigen Gymnasiums auf allen Gebieten viel zu wünschen übrig liegen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Außerdem: Eisenbahn-Ausgleichs-Fonds und kleinere Vorlagen.)

Schluß 5 Uhr.

Fünfte Generalversammlung des Centralverbandes der Zimmerer.

Zweiter Verhandlungstag.

Auf Antrag des Vorsitzenden Schrader wird ohne Diskussion zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeitslosen-Unterstützung“ übergegangen. Der Referent Ede-Hamburg führt aus, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung die Bestrebungen der Organisation, ihre Macht gegenüber den Unternehmern zu heben, in hohem Maße unterstützen würde.

In der Diskussion weist Engler-Reibung darauf hin, daß wegen der bei den Zimmerern herrschenden Saisonalität die Einführung unmöglich sei. Auch hält Redner es nicht für richtig, mit dieser Unterstützung zu beginnen, er empfiehlt zunächst die Einführung der Kranken-Unterstützung.

deutend erhöht werden. Wir müssen mit der Krankenunterstützung und dem Sterbegeld anfangen; das gebietet uns schon die Rücksicht auf die Kriegervereine, welche eine solche Unterstützung haben und unsren Mitglieder vielfach die Wahl zwischen sich und uns stellen.

Eine Verschmelzung der Central-Kranken- und Sterbegeld der Zimmerer mit dem Verbands, die von der Zahlstelle Stuttgart beantragt ist, wird von Feilenschmidt-Stuttgart warm befürwortet, u. a. auch aus dem Grunde, um den Unternehmern die Beiträge für die Orts-Krankenkassen, von denen sie durch das Bestehen der Central-Krankenkasse befreit sind, aufzulegen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Debatte fortgesetzt. Der Referent Ede konstatiert in seinem Schlußwort die prinzipielle Zustimmung der Redner zur Arbeitslosen-Unterstützung; das Bedenken, wegen der notwendigen Beitragserhöhung mit der Einführung noch zu warten, erklärt er für hinfällig.

Es wird beschlossen, über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ohne Abstimmung auf der Generalversammlung in namentlicher Abstimmung zu entscheiden.

Auf Antrag des Bureau wird in eine Generaldiskussion über diejenigen Anträge eingetreten, welche eine Erhöhung des Beitrages bezwecken. Sämtliche diebezüglichen Anträge werden hierauf einer Kommission von zwei Mitgliedern überwiesen, welche der Generalversammlung einen einheitlichen Vorschlag unterbreiten soll.

Der Vertrag wird von Efftinge-Hamburg erläutert und eingehend begründet. Durch dieses Vertragsverhältnis sollen Differenzen zwischen den beteiligten Verbänden gänzlich vermieden oder wenigstens eine baldige Beilegung derselben ermöglicht werden.

Siebenter Verbandstag des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Es wird in die Beratung eines Kartellvertrages zwischen den Centralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer eingetreten, der zwischen den Centralvorständen, vorbehaltlich der Genehmigung der in Betracht kommenden Verbandstage vereinbart ist.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind folgende: Die Centralvorstände halten zum Zweck der gegenseitigen Verständigung in tatsächlichen Fragen, bei Lohnbewegungen und Streiks und zur Besprechung der Streikbewegung sowie zur Besprechung von Fragen, welche die Organisationen gegenseitig betreffen, gemeinsame Sitzungen ab.

Die Centralvorstände halten zum Zweck der gegenseitigen Verständigung in tatsächlichen Fragen, bei Lohnbewegungen und Streiks und zur Besprechung der Streikbewegung sowie zur Besprechung von Fragen, welche die Organisationen gegenseitig betreffen, gemeinsame Sitzungen ab.

Nach dem oben erwähnten Regulativ für das gegenseitige Zusammenarbeiten bei Lohnbewegungen und Streiks machen sich die Centralvorstände gegenseitig von den durch die Zweigvereine angemeldeten und funktionierenden Lohnbewegungen Mitteilung.

fationen hierüber zu verständigen und bei gemeinschaftlichen Lohnbewegungen und Streiks sollen die Lohnkommissionen beziehungsweise Streikleitungen gemeinsame Sitzungen abhalten, um in Verbindung mit den Centralvorständen die einschlagende Taktik zu vereinbaren.

Nach einer kurzen Diskussion, in der über das unsolidarische Verhalten der Bauarbeiter z. B. Klage geführt und nachdem von Bömelburg darauf hingewiesen, daß der gute Wille zur Verständigung bei den Beteiligten allgemein vorhanden ist, so daß die kritisierten Vorläufe hoffentlich in Zukunft vermieden werden.

Hierauf berichtete Silberschmidt-Berlin über die Verhandlungen und Beschlüsse des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, dessen Verlauf er in jeder Beziehung als sehr günstig bezeichnete.

Der siebente Verbandstag des Centralverbandes der Maurer Deutschlands nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und Beschlüssen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands und beschließt: Das Verhältnis des Verbandes zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird auch in Zukunft in der bisherigen Weise aufrecht erhalten.

In der Diskussion wünscht der Delegierte aus Köln a. Rh., daß die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress den Auftrag erhalten, dahin zu wirken, daß sich die Gewerkschaftslokale in Zukunft nicht mehr wie es in einer rheinischen Stadt geschieht, aktiv bei den Stadtrats- und den politischen Wahlen beteiligen, weil dadurch den Gegnern der freien Gewerkschaften Handhaben zu Angriffen gegeben werden.

Der Verbandstag verpflichtet den Verbandsvorstand und alle übrigen Organe des Verbandes, dahin zu wirken, daß für Bildungszwecke aus den Lokalkassen mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Die Diskussion über diesen Punkt ist eine sehr rege. Alle Redner erachten es für unbedingt notwendig, das Bildungsbedürfnis zu wecken und die Bildung der Arbeiter noch mehr, wie es bisher schon der Fall war, nach jeder Richtung hin zu fördern.

Die Diskussion über diesen Punkt ist eine sehr rege. Alle Redner erachten es für unbedingt notwendig, das Bildungsbedürfnis zu wecken und die Bildung der Arbeiter noch mehr, wie es bisher schon der Fall war, nach jeder Richtung hin zu fördern.

In der Nachmittags-Sitzung wird mit der Beratung der auf Statutenänderung lautenden Anträge begonnen.

Nach kurzer Diskussion wird ein Antrag von Halberstadt und Halle a. S., für den auch Bömelburg eintritt, die Worte „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ aus dem Statut zu streichen, mit allen gegen 12 Stimmen angenommen.

Der weitere Teil der Vorlage, der sich auf die Lokalverwaltung bezieht, findet ebenfalls mit einigen Zusätzen die Zustimmung des Verbandstages. Ferner gelangt ein Antrag zur Annahme, nach dem die Vorsitzenden der Zahlstellen resp. Sektionen dem Vorstande des Zweigvereins als Revisoren angehören sollen.

Neber den nächsten Teil, der von den Gauen und Gauverwaltung handelt, ist die Diskussion am Schluss der Sitzung noch nicht beendet.

Neunte Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen der Vormittags-Sitzung bewegen sich zum größten Teil um einige von der Beschwerdelkommission untersuchte Fälle, insbesondere eine Beschwerde von Erfurt. Die Debatte endet damit, daß in namentlicher Abstimmung der Delegierte Schmidt-Erfurt mit 28 gegen 22 Stimmen aus der Organisation ausgeschlossen wird.

Es folgt die Beratung des Punktes: Kartellverträge. Tobler führt hierzu aus: Die bisherigen Kartellverträge haben sich in der Hauptsache nur auf die gegenseitige Anerkennung der Mitglieder erstreckt. Mit der schweizerischen Organisation hat auch eine Uebereinkunft in finanzieller Beziehung bestanden. Hierbei haben sich Schwierigkeiten gezeigt, die hauptsächlich in dem Mangel einer Kontrolle der beiderseitigen Mitglieder begründet seien. Man wünsche die Schweiz eine Aufrechnung der Ausgaben für Reise-Unterstützung, während die deutsche Organisation, wenn einmal aufgerechnet werden soll, auch auf die Einbeziehung der Ausgaben für Kranken-Unterstützung bestehen müsse. Die Reise-Unterstützung allein sei eine traditionelle Pflicht jeder Landesorganisation, die auch von dieser getragen werden müsse. Der Redner faßt seine Ausführungen dahin zusammen, daß sich ein Aufrechnungsverhältnis zur Zeit nicht empfiehlt. Die Ausgaben der Organisation jedes Landes können vorläufig nur darin bestehen, die zureisenden Mitglieder ihrer Organisation zu erhalten. In Dänemark sei man dem engeren Kartellverhältnis auf der Grundlage der Aufrechnung aller Ausgaben für Unterstützungen nicht abgeneigt. Es sei zu empfehlen, die bisherigen Verträge beizubehalten.

Stauder-Zürich führt aus, daß auf die Dauer die schweizerische Organisation mit ihren 800 Mitgliedern nicht aus eignen Mitteln daselbe leisten kann, wie die deutsche Organisation mit ihren 14 000 Mitgliedern. Gewiß haben die deutschen Mitglieder in der Schweiz auch schon Reiseunterstützung erhalten, als es noch keinen Kartellvertrag gab. Aber jetzt haben die deutschen Mitglieder ein Recht auf eine bestimmte Leistung.

Müller-Wien: Die österreichische Organisation habe sich in ihren technischen Einrichtungen vollständig an die deutsche Organisation angepaßt und sei auch für einen Kartellvertrag.

Boulsen-Dänemark ist der Ansicht, daß seine Organisation von dem Kartellvertrage nicht bloß einen materiellen, sondern auch einen moralischen Vorteil haben wird. Er will den Vertrag in seiner Heimat empfehlen.

Wentler und Guy erklären sich gegen einen Vertrag, wie ihn die Schweiz wünscht. Da könnte von einem Kartellvertrage überhaupt keine Rede mehr sein. Tobler empfiehlt den Schweizern, nicht zu sehr an ihren Vorurteilen gegen alles Fremde festzuhalten. Es müsse denselben doch das Internationale zum Bewußtsein kommen, daß den Verträgen zu Grunde liegt.

Aus Frankreich liegt ein Schreiben vor, in welchem ebenfalls der Wunsch, ein internationales Vertragsverhältnis einzugehen, ausgesprochen wird. Auch beschäftigt man sich daselbst ebenfalls mit der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung. Der Kampf gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit siehe auch dort auf der Tagesordnung. Man wünscht ferner die Abhaltung eines internationalen Kongresses, von dem sich der Redner bei der Zeremonie der französischen Organisationsverhältnisse (es bestehen zur Zeit 18 Fachorganisationen) jedoch nichts verspricht. Es genüge vorläufig, wenn man die in den Organisationen gesammelten Erfahrungen auf schriftlichem Wege austauscht.

Es gelangt sodann ein Antrag zur einstimmigen Annahme, welcher Vorstand und Ausschuss ermächtigt, mit den ausländischen Bruderorganisationen Gegenständigkeitsverträge abzuschließen, bei denen jedoch die gegenseitige Aufrechnung ausgeschlossen sein soll. Ein Antrag des schweizer Delegierten, in diesem Falle seiner Organisation einen Zuschuß zu den Kosten der Reise-Unterstützung zu gewähren, wird dem Vorstande überwiesen.

In einem Begrüßungstelegramm der niederländischen Malervereinigung wird gleichfalls der Wunsch eines internationalen Zusammenschlusses ausgesprochen.

In der Nachmittags-Sitzung verabschiedet sich der dänische Delegierte in herzlichen Worten.

Es folgt die Beratung des Punktes Agitation. In enger Beziehung hierzu stehen die Anträge betr. Einführung eines Einheitsbeitrages von 40 Pf. pro Woche auf 40 Wochen im Jahre und betr. Anstellung von besoldeten Beamten in denjenigen Filialen, die eine Mitgliederzahl von 400 erreicht haben. Das Referat hierzu hält der Vorsitzende Tobler. Derselbe legt in längeren Ausführungen dar, wie sich die Anschauungen über die Art und Weise der Agitation im Laufe der Jahre verändert haben.

In der ungenügend lebhaften und sachlich geführten Diskussion wird principieller Widerspruch gegen die Ausführungen des Vorsitzenden und die diesbezüglichen Anträge des Vorstandes nicht erhoben. Besonders bejählig die Ausdehnung des Verwaltungsapparates stimmen alle Redner darin überein, daß dieselbe von den besten Folgen für die Organisation begleitet sein müßte. Das wird namentlich auch von solchen Rednern betont, die sich als frühere Gegner der Anstellung von Beamten betonen.

Die Redner beantragen eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihres Berufes im ganzen Reiche aufzunehmen. Hierzu erklärt Tobler, daß diesem Wunsche leider so lange nicht Rechnung getragen werden könne, als die Lackierer so spärlich organisiert sind, wie es bis jetzt der Fall ist.

Bei Schluß der Debatte sind noch 25 Redner eingezeichnet. Tobler konstatiert in seinem Schlußwort, daß wenn früher bei der Frage der Anstellung von Beamten es Rührer gelostet hat, auch nur das Notwendigste zu erzielen, es jetzt so ist, daß gar nicht allen Wünschen entsprochen werden kann.

Was die Wünsche betreffend Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung anbelangt, so steht der Vorstand vollständig auf dem Boden derselben, aber dieselbe könne nur das Produkt der organischen Entwicklung sein. Dieselbe jetzt schon einzuführen, wäre ein übereilter Schritt, welcher der Organisation zum Schaden gereichen würde. Damit schließen die Verhandlungen.

Siebenter Verbandstag des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.

In der Sitzung vom Donnerstag wurde zunächst eine Kommission von 5 Mitgliedern zur Prüfung der gegen den Hauptvorstand und Ausschuss vorgebrachten Beschwerden gewählt. Zu einem großen Teil handelt es sich hierbei um Anträge auf Erlassung von Schulden, die einige Zahlstellen der Hauptkasse gegenüber haben. Die Ausschreibung der Extrasteuer durch den Hauptvorstand wurde allgemein, wie der Vorsitzende konstatierte, als zu Recht erfolgt anerkannt. In namentlicher Abstimmung wurde auf Antrag des Hauptvorstandes gegen 5 Stimmen beschlossen, daß denjenigen Zahlstellen, die im 3. Quartal, als die Ausschreibung der Extrasteuer erfolgte, schon bestanden und sich direkt dagegen gewandt haben, die Beiträge zu zahlen, das Material einzogen werden soll; gegen 4 Stimmen wurde in gleicher Weise beschlossen, daß dieselbe Maßregel gegen die Mitglieder angewandt werden soll, die, obgleich sie im 3. Quartal schon Mitglied waren, die Extrasteuer nicht zahlen wollten. Ehe diese Beschlüsse ausgeführt werden, sollen die Betroffenen selbstverständlich nochmals ermahnt werden.

Am 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongress und Stellungnahme zur Generalkommission referierte Löpfer-Hamburg. Der Redner ver-

weilte besonders bei den Verhandlungen über die Grenzstreitigkeiten zwischen den mit einander konkurrierenden Gewerkschaften und führte aus, daß er in dieser Hinsicht vom Gewerkschaftskongress enttäuscht worden sei; die Frage wäre aber nicht gebrochen worden. Die kleinen Gewerkschaften würden zurückgefallen auf den Gewerkschaftskongress. In gleichem Sinne äußerten sich Hempel-Hamburg und Müller-Leipzig. Legien, der Vertreter der Generalkommission, erklärt hierzu, daß diese Frage auf einem Gewerkschaftskongress überhaupt nicht endgültig geregelt werden könne. Hier könne nur eine Verständigung zwischen den betreffenden Organisationen etwas helfen. Gänzlich seien die Schwierigkeiten, die in der ganzen Lage unserer Industrie begründet wären, überhaupt nicht zu beseitigen. Das einzige Mittel sei, daß man gegenseitig so viel wie möglich Toleranz übe. Die Ansicht, daß der Arbeiterverband alle ungelerten Arbeiter aufnehmen solle, hält Redner ebenfalls für falsch. Bei Streitigkeiten auf einzelnen Plätzen solle man sich an die betreffenden Organisationen wenden, um eine Erledigung herbeizuführen. Von einer Jurisdiktion der ungelerten Arbeiter auf den Kongress könne keine Rede sein. Zur Vermittlung zwischen den streitenden Verbänden sei die Generalkommission jederzeit gern bereit. — In seinem Schlußwort hob Löpfer nochmals scharf hervor, daß der Arbeiterverband nicht auf den Vorschlägen agieren solle. Ein vorliegender Antrag, aus der Generalkommission auszutreten, wurde von keiner Seite befürwortet und durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Darauf wurde kurz über den Kartellvertrag mit dem Maurer- und dem Zimmerer-Verband diskutiert, wobei hervorgehoben wurde, daß man das darin Erreichte nicht als endgültige Lösung der Frage betrachte, wohl aber als einen guten Schritt zum Ziele. Der Kartellvertrag wurde einstimmig gutgeheißen.

Am 3. Punkt „Agitation“ hielt Behrendt-Hamburg das Referat. In der Agitation dürfe kein Stillstand eintreten. Die bisherige Einteilung und Regelung der Agitation sei aber nicht mehr zweckmäßig, eine Änderung sei hierin notwendig. Die Agitationskommissionen waren nicht immer im Stande, die erforderliche Arbeit zu leisten, und auch der Hauptvorstand war so mit Arbeit überlastet, daß er dem Rufe aus den verschiedenen Orten nicht immer folgen konnte, was zum Schaden der Organisation führe. Der Hauptvorstand schlägt nun vor, besoldete Gauleiter anzustellen und Deutschland in diesen Zweck in 7 Gauen einzuteilen. — Hieran schloß sich eine sehr ausführliche Diskussion. Sämtliche Redner sprachen sich im allgemeinen im Sinne der Vorschläge des Hauptvorstandes aus.

Zum Punkt Agitation führt Dorna-Wosen aus, daß in den polnischen Landesteilen ein christlicher Verband bestehe, an dessen Spitze Geistliche stehen, und ein polnischer Verband, wo Fabrikanten und Hausbesitzer die Leitung in Händen haben und es fertig bringen, die Arbeiter auf dem Lande von der modernen Organisation fernzuhalten. Es sei notwendig, dort in polnischer Sprache zu agitieren. Richter-Brachweide erklärt, daß man in Rheinland-Westfalen nicht nur mit Polen, sondern auch noch mit Italienern und Holländern zu rechnen habe, so daß dort die Agitation noch ganz besonders erforderlich wird. In der weiteren Diskussion, die einen großen Teil der Nachmittags-Sitzung in Anspruch nahm, wurde allerseits der Wunsch nach Anstellung besoldeter Gauleiter geäußert. Die Gauen-Einteilung, wie sie vom Hauptvorstande beantragt wird, wurde jedoch von mehreren Rednern für nicht ausreißend erachtet; die Gauen seien zu groß, um eine gute Bearbeitung möglich zu machen. Von Frickhner-Guben wird auf die erbärmlichen Verhältnisse der Ziegelei-Arbeiter seines Bezirks hingewiesen. Um hier Besserung zu schaffen, müsse unter diesen Arbeitern eine besonders eifrige Agitation entfaltet werden. Behrendt erklärt in seinem Schlußwort, daß den Ziegelei-Arbeitern bei der Agitation besondere Aufmerksamkeit gewidmet werde. — Der Entwurf des Hauptvorstandes wurde in namentlicher Abstimmung gegen 6 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Neber Unterstützungs-Einrichtungen referierte Brandmohr-Bremen. Bereits zwei Verbandstage haben sich mit der Frage der Einführung einer Krankenunterstützung beschäftigt. Es lag jedoch kein genügendes Material vor, das zur Grundlage für eine solche Einrichtung dienen könnte. Auch das jetzt vorliegende Material ist völlig unzureichend. Die Zahlstelle Hamburg hat jedoch seit 3 Jahren eine solche Zuzufußstelle. Auf Grundlage der Verhältnisse dieser Kasse berechnet der Redner, daß mindestens über 30 000 M. jährlicher Mehreinnahmen für den Verband notwendig sind, um eine derartige Einrichtung zu schaffen. Eine Krankenunterstützung einzuführen, sei jetzt nicht möglich, wenn nicht die Beitragsleistung von 44 auf 48 Wochen erhöht werde, was jedenfalls auf Widerstand stoßen würde. Den Gedanken einer Arbeitslosenunterstützung möchte man aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Bereiche überhaupt abweisen. — In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner im Prinzip für die Krankenunterstützung aus, teilten aber betriebs der Einführung die Bedenken des Referenten. Ott-Rölln und Stührer-Moskau erklärten sich principiell gegen alle Unterstützungen mit Ausnahme der Streikunterstützung. — Die folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die siebente Generalversammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter erklärt, daß sie im Prinzip für eine Einrichtung der Krankenunterstützung ist, daß aber auch das diesmalige Material keineswegs genügt, um die dazu nötigen Unterlagen daraus zu gewinnen. Aus diesem Grunde lehnt auch die diesjährige Generalversammlung die Einführung einer centralisierten Krankenunterstützung ab. Sie erwartet aber, daß mehr denn je die einzelnen Zahlstellen für eine gewissenhafte Statistik Sorge tragen und besonders die Krankenkassen einer genaueren Kontrolle durch unterwerfen, daß die von den Krankenkassen ausgestellten Krankenscheine als Grundlage hierzu dienen müssen, damit der Vorstand in der Lage ist, dem nächsten Verbandstag auf Grund einer solchen Statistik einen Entwurf über Krankenunterstützung vorzulegen.“

Neber „Unsre Stellung zu den Tarifverträgen“ referierte darauf Löpfer-Hamburg. Der Redner machte verschiedene Bedenken gegen die Tarifverträge geltend, erklärte aber doch, daß man auf den Abschluß annehmbarer Tarifverträge hinarbeiten müsse, wozu selbstverständlich eine starke Organisation nötig sei. Bei allen Streiks und Lohnbewegungen müsse man versuchen, mit den Unternehmern zu Verhandlungen zu kommen. Tarifvereinbarungen vorschlagen und unter Umständen auch auf Angebote eingehen, die nicht ganz den Forderungen entsprechen.

In der Diskussion wurden principiell Bedenken gegen Tarifverträge nicht angeführt. Jedoch sprach man sich gegen langfristige Tarifverträge aus und machte auf die gefährliche Latenz der Unternehmern aufmerksam, die die mit Maurern und Zimmerern abgeschlossenen Verträge zu einem Druck auf die Bauarbeiter ausnützen. Der Verbandstag erklärte sich schließlich dafür, daß überall, wo annehmbare Bedingungen erreicht werden können, Tarifverträge abzuschließen sind.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Henningsdorf a. O. (Kreis Ost-Haveland). Das Lokal von Gustav Böhmert „Zum Deutschen Kaiser“ ist als gesperrt zu betrachten, da dasselbe der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung steht. — Spandau. Krügers Ball-Salon, Tiefwerder Wa. steht der Partei und den Gewerkschaften zu Verfügung. Die Lokalkommission.

Waidmannslust. In den Sommermonaten finden die Mitglieder-versemmlungen des Wahlvereins jeden Sonnabend nach dem Ersten eines jeden Monats statt, die nächste demnach am Sonnabend, den 4. April, abends 8 Uhr, bei A. Kuhn, Waidmannslust. Nachdem nunmehr der Wahltermin zum Reichstage bekannt ist, wird auf das Erscheinen aller Mitglieder gerechnet.

Adlershof. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Erinnerung, daß an diesem Sonntage die Verabreichung der „Vorwärts“-Druckerei stattfindet. Abfahrt morgens 8.40 vom Bahnhof Adlershof. Für Nachzügler Treffpunkt bei Augustin im Hause des „Vorwärts“.

Grünau. Am Sonnabend, den 4. April, abends 9 Uhr, hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung bei Stabbert, Köpenicker-

straße 88 ab. Genosse Dr. Bösemeler spricht über: „Ein Jahrzehnt deutscher Sozialreform“. Außerdem Stellungnahme zur Waise. Wahl eines Partei-Spediteurs. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Frage, wie weit die Stadt Berlin in der Gewährung von Urlaub für Gemeinde-Arbeiter gehen soll, führte in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zu einer lebhaften Aussprache. Der Magistrat hatte der Versammlung auf ihren Wunsch eine Zusammenstellung über die Kosten vorgelegt, die durch die Vertretung der zu beurlaubenden Arbeiter entstehen würden. Die Zusammenstellung ergab, daß selbst bei einer Beurlaubung schon nach einjähriger Tätigkeit keine unerträglich hohen Ausgaben notwendig werden.

Die Fraktion „Neue Linke“ hatte nun einen Antrag eingebracht, der die Gewährung eines Urlaubs von jährlich 1 Woche nach fünfjähriger Tätigkeit empfahl und den Magistrat um eine Vorlage darüber ersuchte. Die Debatte über diesen Antrag wurde vorwiegend von Rednern der „Neuen Linken“ und der sozialdemokratischen Fraktion geführt und endete mit heftigen Zusammenstößen zwischen diesen beiden Gruppen der Versammlung. Stadtverordneter Nathan (Neue Linke), der den Antrag begründete, wies seinen Vorschlag als einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der Absicht des Magistrats, der sich bei einer früheren Gelegenheit für 10 Jahre als Grenze erklärt hatte. Unser Genosse Stadtverordneter Hingge erinnerte demgegenüber an die alte Forderung der sozialdemokratischen Fraktion, daß den Gemeinde-Arbeitern Berlin schon nach einjähriger Tätigkeit ein Urlaub bewilligt werde, und trat erneut für diese Forderung ein. Hingge wies gleichzeitig darauf hin, daß die „Neue Linke“ vor noch gar nicht langer Zeit drei Jahre als Grenze empfahlen habe; inzwischen habe sie sich aber „auf fünf Jahre hinaufgemausert“. Stadtv. Goldschmidt (N. L.) begründete diese Genügsamkeit seiner Fraktion damit, daß auf mehr nicht zu rechnen sei; namentlich könne die Versammlung nicht auf den sozialdemokratischen Vorschlag der Urlaubsgewährung schon nach einem Jahre eingehen. Im weiteren Verlaufe der Debatte beleuchtete Genosse Stadtv. Hingge die „Politik des Erschreckens“ und zersetzte den „nützlich zurückweichenden“ Goldschmidt recht unbarbarisch. Als Stadtv. Hingge erklärte, man solle grundsätzlich für die Gemeinde-Arbeiter das fordern, was für sie zu fordern ein Recht vorliege, erhob sich auf den Bänken der Freimüthigen ein Sturm der Entrüstung. Stadtv. Rosenow sprach seinem Fraktionsgenossen Goldschmidt bei und antwortete sehr erregt, doch er konnte die erlittene Niederlage nicht verdeden. Auch Herr Goldschmidt versuchte seine unhaltbare Position noch einmal zu verteidigen, aber mit keinem besseren Erfolg. In einer persönlichen Bemerkung regnete dann Stadtv. Hingge noch mit Herrn Goldschmidt ab wegen einiger dunkler Andeutungen, die Goldschmidt über die Arbeitsbedingungen beim „Vorwärts“ gemacht hatte. — Der Antrag ging zunächst an einen Ausschuss.

Ein dringlicher Antrag, der sich auf Inzutraglichkeit bei Aufstellung der Listen für die Reichstagswahlen bezog, konnte nicht verhandelt werden, weil Stadtv. Hugo Sachs widersprach und der Vorsitz der immer wunderlicher werdenden Herrn ernst nehmen mußte.

Die Beiträge zu den Kosten für die Handwerkskammer zu Berlin, welche von der Stadtgemeinde für das Etatsjahr 1902 geleistet worden sind, sollen nicht den aus den Jahren 1900 und 1901 übernommenen Ausfällen durch Umlage auf die einzelnen Handwerksbetriebe zur Wiedereinzahlung gelangen. Umlagepflichtig ist jeder Inhaber eines hiesigen Handwerksbetriebes, ohne Rücksicht auf den Anfang des letzteren, darunter auch Hausgewerbetreibende sowie solche Personen, die neben einem kaufmännischen noch einen handwerksmäßigen unterhalten. Jeder Betriebsinhaber hat für das Jahr 1902 nur einen einmaligen Betrag zu zahlen, und zwar für sich selbst 53 Pf., für jeden von ihm im Vorjahre beschäftigten Gesellen 27 Pf. und für jeden von ihm im Vorjahre gehaltenen Lehrling 13 Pf. Die der Beitragsberechnung zu Grunde gelegte Zahl der Gesellen und Lehrlinge ist nach dem Durchschnitt berechnet. Weibliche technische Hilfspersonen gelten ebenfalls als Gesellen bzw. Lehrlinge. Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch die städtischen Steuererheber im Vierteljahr April-Juni 1903.

Die Theresen-Lehmannsche Stiftung hat den Zweck, in Berlin ortsangehörigen hilflosen Witwen und untereichtlichen weiblichen Personen, welche keinen Ernährer haben und einen tadellosen, sittlichen Lebenswandel führen, Unterstützungen zu gewähren. Die Verleihung der für die Zeit vom 1. Juli 1903 bis zum 1. Juli 1904 zur Verfügung stehenden Unterstützungen finden am 10. Juli d. J. statt. Die einzelnen Unterstützungen betragen 150 M. und werden vierteljährlich pränumerando mit 45 Mark gezahlt. Bewerberinnen haben ihre Gesuche mit Angabe ihrer Vor- und Zunamen, des Tages und Ortes der Geburt an das Kuratorium der Theresen-Lehmannschen Stiftung, Poststraße 16, bis 11. April d. J. spätestens einzureichen. Da bestimmt ist, daß die Unterstützungen zur Hälfte der verfügbaren Mittel an christliche, zur anderen Hälfte derselben an jüdische Personen zu vertheilen sind, ist den Gesuchen zugleich auch die Angabe der Religion der Antragstellerinnen beizufügen. Gesuche von Personen, die von der Armendirektion oder anderweitig unterstützt werden oder welche vorstehend erforderliche Angaben nicht enthalten, bleiben unberücksichtigt.

Mit der bisherigen Sprengmethode der Berliner Abfuhrstraßen sind die Droschkenbesitzer unzufrieden. Es ist eine Bewegung eingeleitet, die dahin geht, daß die Mitte des Fahrdamms wohl besprengt werde, daß aber zu beiden Seiten die Bahn trocken bleibe. Durch die jetzige Methode werde eine gefährliche Glätte erzeugt, indem der auf dem Asphalt lagernde Schmutz durch nachfolgendes Abschleiben nicht entfernt werde, und gerade auf dieser Bahndamm müsse sich das gesamte Fahrwerk hindurchzwängen. Hierdurch werde der gesamte Verkehr gehemmt, denn ein jeder Wagenführer suche stets, um sein Pferd nicht zu quälen und es vor Gefahr zu schützen, die weniger gefährdende trockene Mittelbahn auf. Der Fahrverein Berliner Droschkenführer beschloß nun in seiner letzten Sitzung, diese Frage im Beschwerdewege zu regeln.

Eine ausgedehnte Betriebshörung, durch welche der gesamte Straßenbahnverkehr durch das Centrum Berlins unterbrochen war, verurteilte gestern abend gegen 1/7 Uhr eine Stromstörung. Infolge Ueberlastung der Str.-Le waren die Speisepunkte am Alexanderplatz, Hoher Steinweg und Spandauerstraße stromlos geworden und hierdurch die Automaten auf der Centrale der Berliner Electricitäts-Werke gefallen. Es wurde infolgedessen eine Verkehrsstockung herbeigeführt, durch die der gesamte Straßenbahnbetrieb vom Norden nach dem Süden, vom Osten nach dem Westen, sowie in den abweichenden Richtungen eine halbe Stunde lang unterbrochen blieb.

Polizeilich als vermisst gemeldet wurden im Monat März 14 Personen, von denen sieben sich im Laufe des Monats wieder bei ihren Angehörigen einfanden haben. Fünf der Verschwundenen wurden als Leichen aufgefunden, sie haben unzweifelhaft Selbstmord verübt. Noch nicht ermittelt ist der Aufenthalt eines sechszehnjährigen Mädchens, von dem angenommen wird, daß es sich verborgen hält, und des Kaufmanns Arnold, für dessen Verschwinden jeder Anhaltspunkt fehlt. Von den in den Vormonaten verschwundenen Personen, deren Verbleib nicht ermittelt werden konnte, ist inzwischen der Restaurateur M. als Leiche gefunden worden. Franzlein P. von der man annahm, daß sie verschleppt worden sei, dürfte sich unangemeldet in Berlin aufhalten. Von dem vor sechs Monaten verschwundenen Kaufmann Steimner und dem 17-jährigen Dienstmädchen Schmidt konnte noch immer nichts ermittelt werden.

Den Tod im Wasser suchte in der vergangenen Nacht die 16-jährige alte Kellnerin Frieda Schmidt aus der Bergstr. 62, die in Moabit

Eingegangene Druckschriften.

„Das Gewerbegericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbevereine. Herausgeber Dr. Naström, Charlottenburg-Berlin, Dr. Reich, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 7 des 8. Jahrgangs außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Berufungsgerichten (Karlsruhe, Bielefeld, Weimarer, Landgericht Köln) u. a.: Das Aufrechnungsverbot in der Praxis. Von Professor Dr. Kuppe. — Einigungsämter. Das Gewerbegericht Mainz als Einigungsamt. — Allgemeines. Das Gewerbegericht Reichenbach i. V. im ersten Jahre. — Magistrats-Sekretär als Arbeitgeber-Beistand. — Literatur. Thalberg, Dienstvertrag. — Gelana-Glebel, Terminologie und Wesen des Arbeitsvertrages. Besprochen von Privatdozent Dr. Köhne. — Barrelier, Entscheidungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch. — Vappenheim, Sechandel.

Die Bleibergiftungen im Malergewerbe und die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verbotes von Bleiweiß-Bemalung. 48 Seiten. Herausgegeben vom Vorstand der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Färber und Weißbinder. Hamburg 1903. Buchdruckerei J. Meyer, Grindelstr. 4.

Hermann Kimmel. Jahrbuch und Arbeiterbuch. 131 Seiten und 3 Tafeln. Preis 4 M. Jena 1903. Verlag von Gustav Fischer.

Dr. Otto Lindenberg. 50 Jahre aus der Geschichte einer Spekulationsbank. Ein Beitrag zur Kritik des deutschen Bankwesens. 1903. 216 Seiten. Verlag von H. W. Hauns Erben, Berlin SW. 12.

Rechenchafts-Bericht des Vorstandes des Central-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands für die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1902 und Bericht des Ausschusses. 136 Seiten. Berlin 1903. Redaktion und Verlag: D. Schumann, Angellier 15.

O. Overbrun. Neues Land. Lieferung 2 und 3. In 26 Lieferungen. Jede Lieferung 50 Pf. Leipzig 1903. Verlag von F. A. Brockhaus.

Briefkasten der Redaktion.

G. Für uns nicht geeignet zur Veröffentlichung.
500 Bacc. Rein, sondern proklamiert. — **Kirsch-Rech.** F. H. Gänther, Lüthowstr. 6. — **W. S. 250.** Uns nicht bekannt. — **S. in W.** Willh. Zeit hinter sich, aber noch nicht 40 Jahre. — **S. S. G. Ja.** — **M. D. 10.** Stunthalademie-Gebäude Charlottenburg, Hardenbergstraße, vormittags 10 Uhr. — **Tanerfahrt.** Etwas in „Umgebungen von Berlin“. In bezug durch Buchhandlung Verlags, — **Müller 10.** Neben höheren Wert. — **W. S. 100.** Eine Klasse nicht gewerblicher Arbeiter als Gegenstand zur Klasse gewerblicher Arbeiter nicht bekannt. Vielleicht finden Sie im Adreßbuch II S. 145 eine Ihnen zuzugende Klasse. — **F. Sch. Rixdorf.** Wenden Sie sich an eine Notarwegen-Gesellschaft oder Notarwegen-Amtsgericht, zu finden im zweiten Teil des Adreßbuches Abteilung 4 Seite 223.

Juristischer Teil.

Die juristische Dreckschunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Wahlrecht. W. in V. 2. 76. Adlerhof. Rein. — **S. W. 100.** 1. Welche Rechte Konsumvereins-Mitgliedern zusteht, folgt aus dem Statut des Vereins, das uns unbekannt ist. 2. Rein. 3. Wenn die Wahlrechtsfrage erheben wollen, so müssen Sie den Beklagten zunächst vor den Schiedsmann laden und dann beim Amtsgericht Wahlrechtsfrage erheben. — **Verfür. 16.** 1. Rein. 2. So genau, einen Selbigen, der entweicht, zu bestrafen, ist das Gesetz nur dann, wenn Widerstand gegen die Staatsgewalt, oder wenn Neugier (Zusammenrottung und gemeinsamer gewalttätiger Ausbruchversuch) vorliegt. — **N. Jach. Ja.** — **N. N.** Die Familien der zu Lebzeiten eingezogenen Neuzuzügler und Landwehrenter erhalten auf ihr Verlangen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln auf Grund des Reichsgesetzes vom 10. Mai 1892. Anspruch auf Unterstützung haben die Ehefrau und die ehelichen oder unehelichen gleichberechtigenden Kinder unter 15 Jahren unbedingt. Den

Kindern über 15 Jahren, den Verwandten in aufsteigender Linie (Mutter, Großeltern und den Geschwistern des Eingezogenen steht eine Unterstützung zu, sofern sie von dem Eingezogenen unterhalten wurden oder das Unterhaltsbedürfnis erst nach erfolgtem Dienstantritt hervorgerufen ist. Endlich kann unter denselben Voraussetzungen die Unterstützung den Verwandten der Ehefrau in aufsteigender Linie sowie deren Kindern aus früherer Ehe gewährt werden. Die Höhe der Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30, für jede andere unterstützungsberechtigte Person 10 Proz. des durchschnittlichen Tagelohnes, insgesamt aber höchstens 60 Proz. Der durchschnittliche Tagelohn für Berlin beträgt 2,90 M., mithin die höchste Unterstützung 1,74 M. Der Antrag auf Unterstützung ist bei der Gemeindebehörde (also in Berlin beim Magistrat) anzubringen. Wenn der Antrag nicht spätestens binnen vier Wochen nach Beendigung der Werbung gestellt ist, so erlischt er. Stellen Sie also beim Magistrat (Rathhaus) den Antrag. — **Color 800.** 1. Rein. 2. Bei Ausschluß der Kündigung ist nach Ansicht des Gewerbegerichts für den vollen Entlassungstag Lohn zu zahlen. — **P. S. Leider nicht.** — **J. G. 938.** Gegen beide Veranlagungen ist zu reklamieren. — **Mohr.** 1. u. 3. Sie würden gut thun, sich wegen dieser Fragen an einen Anwalt zu wenden. 2. Die einzelne Klasse hat zu bestimmen. — **Hartmann.** Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Arbeiterrecht S. 196. — **Alkoholgegner.** 1. Eine Ausübung des Reichslands-Wahlrechts durch einen Stellvertreter ist unzulässig. Sie müssen persönlich Ihre Stimme abgeben. 2. 3/4, Teint- oder Kosmetische aus Blei sind im höchsten Maße gesundheitsgefährlich, gleichviel was aus den Geschirren getrunken oder gegessen wird. Es sind wegen der schweren Gesundheitsgefährdung durch bleihaltige Geschirre deshalb im Reichsgesetz vom 25. Juni 1887, das regelt, wie viele Gewichtsanteile Blei höchstens solche Geschirre enthalten dürfen, Zusatzhandlungen mit Strafe bestraft. — **Drei Brüder.** Die Schuld ist nicht verjährt. Die Darlehens- und die rückständigen Zinsen der letzten 4 Jahre können Sie gegen den Schuldner einlagern. Die Kinder des Schuldners hatten keineswegs für seine Schulden. — **S. S. 100.** Rechten Sie sich einen Rechtsanwalt.



Adreßbuch

für Berlin und seine Vororte.

Wie bereits bekannt gegeben, gelangt der zweite Nachtrag zum Adreßbuch für Berlin und seine Vororte 1903 Anfangs Mai zur Ausgabe. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten,

Anmeldungen für den zweiten Nachtrag

des Adreßbuchs möglichst umgehend, spätestens bis zum 11. April der Redaktion des Adreßbuchs, SW, Zimmerstr. 37/41, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebe man bis zu diesem Termin Mitteilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit Erscheinen des ersten Nachtrags stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Termin im laufenden Jahre stattfinden werden. Alle Abnehmer der Haupt-Ausgabe erhalten auch den zweiten Nachtrag unentgeltlich.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Wittenwerderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fröh, Pringelstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wenzels, We. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Rauhenerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Raschke, Rügenstr. 24 vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kollantien-allee 95/96. — **Alt-Gliencke:** W. Pries, Rudowstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Schwarzberg, Seelenheimerstr. 1, Ecke Gasteistraße, vorn l. — **Deutsch-Wilmersdorf:** E. Ridel, Ullrichstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde, Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seidel, O. 112, Kronprinzengasse 50, l. — **Grünau:** Hermann Steinig, Jägerstr. 21. — **Rixdorf:** Hermann, Ring Handwerkerstr. 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, Laden. — **Ober-Schöneberg:** Richard Hül, Edlitzstr. 4, vorn 2 Treppen. — **Nieder-Schöneberg:** Bonotowsky, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Rann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Nitz, Hasenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich Wold, Gölische Str. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernice, Rixstr. 10, im Laden. — **Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:** H. Mohr, Doppelstr. 8, und Hr. Schellhase, Rixstr. 10a. — **Baumshulenbergweg:** Eisd, Gölische Str. 2, II. — **Neu-Weissensee:** Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ecke Steinfstraße. — **Rammelsburg:** Forstbert, Prinz Albrechtstr. 5a. — **Pankow:** R. Nimmerl, Rixstr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.

Möbel auf Teilzahlung Hugo Lewent's Wwe., Chausseest. 82.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Anforderung.

Der Zimmermann Peter Ferdinand August Motler, geboren zu Treut bei Neuenburg, Bestreuer, früher wohnhaft in Reuthal bei Neuenburg, resp. dessen Angehörige werden hiermit ersucht, ihren Aufenthaltsort anzugeben. Dieselben haben Rechte an der Lebensversicherung des Genannten erworben. Briefliche Meldungen unter K. 2 an diese Zeitung. 16b

Carl Schmidt, Büsten-Fabrik, BERLIN W., Taubenstr. 23, empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten** für jede Körperform. Figur wie obenstehend, von 7 Mk. bis 50 Mk. Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme. Katalog gratis und franco. Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 408L^o

Köpenick. Götten Kottbusser Korn, alt, empfiehlt 6000^o Aug. Tauchert, Gastwirt, Rüggeheimerstr. 4.

Gardinenfabrik

Lager aus Plauen in Sachsen
Bruno Güther, Berlin, 651L^o
 80 Grüner Weg 80, part. Eingang vom Flur (kein Laden).
 Verkauf in meinem seit 33 Jahren bestehenden **Special-Gardinen-geschäft** 800 bis 1000 Reste in Zwirn, Mull, Tüll u. englische Gardinen für ein bis vier Fenster passend **spottbillig.** Neuheiten treffen täglich ein.

Reste (spottbillig für elegante Herrenanzüge, Pajolots, Kinder-Anzüge usw.) Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland, Berlin C, Köhlerstr. 2.

Blutarme, schwächliche und genesende Personen trinken

Santa Rosa feurig süßer Rotwein a Fl. 1,40 Mk. oder 816L^o
Afrikanischen Blutwein kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk. Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von **Hermann Meyer & Co.,** Wattstraße 11/12.

Herren-Kragen, — reinleinen, garantiert 4fach, — verschiedene Facons in allen Weiten, Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. — **Geldstoffsene Kragen** — per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. — **Wauscheien, Prima, garant. 4fach** 1/2 Dutzend 1,80 Mk., Oberhemden, Servitours, Kravatten, in größter Auswahl, Tricotage, Strümpf, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Einzelpreisen. **Ernst Marcuse, Münzstr. 23.**

Kopfkäufenecht Brot verichwendend sofort d. **Puffl.** Unschädlich. Groß überreichend. In Drog. 50 Pf. En gros Noris Zahn & Comp.

Englisch. Unterricht

in und außer dem Hause. (Einzel- oder im Circle) erteilt 2009^o **G. Swienty geb. Liebknecht, Schöneberg, Sedanstraße 57, III.**

Hühneraugen, Hornhaut schmerzlos und gründlich binnen 3 Tag. nur mein **Hühneraugentod.** Nachdem Sie alles Mögliche angemerkt, machen Sie dies jetzt. Der Erfolg ist sicher. Dose 75 Pf., Irco. 1 3/4. Nur bei **Otto Reichel, Grindelstr. 4.**

Tuchstoffe Paletotstoffe — Cheviots, Reste spottbillig. **Molkenmarkt 12-13** Tuchlager **Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.** werden täglich **Betten** gründlich gereinigt. Abholen und Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenlos. **Retzlaff, Alte Jakobstr. 57/59.**

Land 2 Markt pro Woche Abzahlung. Barzelle 840 [Meter 300 M., weißer Gerort-Bericht, nur mündlich, verkauft Heronimy, Blumenstraße 79. 10132^o